Stadtarchiv Mannheim

Nachlaß

Hermann Heimerich

Zugang: 24/1972

185

Best.-Nr. 16583/1. Regis GmbH. Bonn-Beuel. Nachdruck verb.

Nr.

Dr. Dr. h. c. H. Heimerich
Rechtsanwalt [illegible]

Kurpfalz

IV

angefangen: 19

beendigt: 19

LEITZ
Leitz-Hefter
»Rapid«

IV/4

150

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

10. Nov. 1949

K/G.

Pressebericht vom 21.1o. bis 7.November 1949

Vorbereitungen für die Gründung des "Vereins Kurpfalz", die eigentliche Gründung, sowie die damit bedingte organisatorische Trennung der Kurpfalzangelegenheit voh den Südweststaatproblemen (wobei selbstverständlich nach wie vor eine enge Verbindung beider Probleme bestehen bleibt) waren die Ursache, dass seit dem Pressebericht vom 21.1o. eine grössere Pause, als sonst üblich, eingetreten ist. In Zukunft werden wir die Berichte über den Südweststaat und über die Pfalzfrage voneinander getrennt halten. Nach Möglichkeit soll demnächst ein Mitteilungsblatt in gedruckter Form erscheinen, das für unsere Berichte grösseren Raum bieten wird.

- - - - - - - - - - - -

S ü d w e s t s t a a t .

Der Freudenstadter Kompromissvorschlag der CDU.

Am 22.Oktober traten in Freudenstadt die Landesvorstände der CDU der drei beteiligten Länder zusammen, um einen neuen Vorschlag für das Abstimmungsverfahren um den Südweststaat auszuarbeiten. (Badische Neueste Nachrichten vom 24.1o.49). Für die Formulierung der Abstimmungsfragen wurde folgendes vorgeschlagen:

a) Wünschen Sie die Vereinigung der Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat?

b) Wünschen Sie, falls der Südweststaat keine Mehrheit findet, die Wiederherstellung der alten Länder Württemberg (einschliessl ich Hohenzollern) und Baden?

Die Stimmen sollten in den alten Ländern Württemberg und Baden getrennt durchgezählt werden. Das Recht Hohenzollerns nach Artikel 29 des Grundgesetzes (Volksentscheid über landsmannschaftliche Zugehörigkeit) müsste unberührt bleiben. Staatspräsident Wohleb, der der Tagung beiwohnte, habe, wie "Die Freiheit" (SPD-Organ Mainz) vom 24.1o. berichtet, dem Entwurf nur zögernd zugestimmt.

Der "Mannheimer Morgen" vom 25.1o. meldet hierzu aus Stuttgart, dass Dr.Reinhold Maier die Ansicht vertrete, Wohleb habe die Alternativfrage in eine Eventualfrage umgewandelt, "über die sich reden lasse". Innenminister Ullrich dagegen gebe zwar zu, dass die Fragestellung klar und unzweideutig sei, er befürchte aber, dass die zweite Frage aus staatsrechtlichen Gründen nicht gestellt werden könne.

Staatspräsident Dr.Müller betont, laut "Badische Neueste Nachrichten" vom 29.1o.49, dass die in Freudenstadt gefundene Lösung gleichberechtigte Möglichkeiten sowohl für den Südweststaat wie für die Wiederherstellung der alten Länder und die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes biete.

Die Verfassungsabstimmung von 1946 sei nicht als ein Bekenntnis zu einer endgültigen Gestaltung des Landes Württemberg-Baden zu werten,

sondern lediglich der Ausdruck des Willens in den nun einmal vorläufig nicht zu ändernden Grenzen verfassungsmässige Zustände zu schaffen. Artikel 118 lasse die Trennung von Nord-Württemberg und Nordbaden durch Ländervereinbarung ohne weiteres zu. Ministerpräsident Maier habe eine Stellungnahme der württembergisch-badischen Regierung abgelehnt; es müsse zunächst abgewartet werden, ob Staatspräsident Wohleb die Freudenstadter Beschlüsse in seiner noch ausstehenden Antwort auf die Vorschläge aus Stuttgart und Tübingen sich zu eigen machen werde.

Wie die "Rhein-Neckar-Zeitung" vom 31.1o.49 meldet, erklärte Staatspräsident Dr.Müller über Radio Stuttgart, er glaube, dass eine Abstimmung über den Südweststaat noch im Dezember oder spätestens Anfang Januar durchgeführt werden könne. Voraussetzung dafür sei, dass die Stuttgarter Regierung sich mit den Freudenstadter CDU-Vorschlägen einverstanden erklärt.
Am 2.11.49 berichtet der "Mannheimer Morgen" aus Freiburg, dass man dort noch daran zweifle, ob das Kabinett die Zugeständnisse, die Wohleb in Freudenstadt gemacht habe, voll billigen werde. Bisher habe sich weder das Kabinett noch der Ältestenausschuss des südbadischen Landtages mit der Ausarbeitung des Antwortschreibens beschäftigt.
Wohleb hat nach den "Stuttgarter Nachrichten" vom 2.11.49 erklärt, der von Dr.Müller vorgeschlagene Termin für die Abstimmung (Dezember oder Januar) sei seiner Ansicht nach sehr früh angesetzt. Mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse im Winter (Behinderung der Bevölkerung z.B. im Schwarzwald durch Schneefall) müsse die Wahl später gelegt werden.

Die SPD hält, wie der "Mannheimer Morgen" vom 27.1o. meldet, die Beschlüsse der CDU von Freudenstadt nicht für einen gangbaren Weg, da bei einer eventuellen Ablehnung des Südweststaates keinesfalls von Bevölkerungsteilen ausserhalb Württemberg-Badens über die eventuelle Zerreissung dieses Staates abgestimmt werden dürfe. Für diese Frage (Wiederherstellung der alten Länder) müssten die Stimmen in den drei Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden getrennt gezählt werden.

Gemeinsamer Haushalt für Württemberg-Baden.

Der "Mannheimer Morgen" vom 26.11. bezeichnet den Beschluss des Landtages, für das neue Etat-Jahr einen gemeinsamen Haushaltsplan für beide Landesteile aufzustellen, als einen weiteren Schritt zur staatsrechtlichen Einheit der beiden Landesteile.

Karlsruhe oder Stuttgart.

"Die Rheinpfalz" vom 24.1o.49 bringt eine dpa-Meldung, wonach Wohleb erklärt hat, dass er es begrüssen würde, wenn Karlsruhe Landeshauptstadt des Südweststaates würde. "Sollte sich das Volk jedoch für Baden entscheiden, wäre Karlsruhe automatisch Landeshauptstadt".
Die "Badische Neueste Nachrichten" vom 22.1o.49 bringen einen grossen Artikel, der sich damit beschäftigt, ob die ehemalige Landeshauptstadt ein Wirtschaftszentrum werden kann. Der Verfasser (Dr.A.Noll) geht davon aus, dass der Standort Karlsruhes günstige Voraussetzungen für eine Wirtschaftsstadt biete. Auch das Arbeitskräftereservoir gestatte eine starke Industrialisierung der Stadt. Allerdings fehle das zu einer Wirtschaftsstadt gehörige "Klima", der entsprechende Geist. Zur Konkurrenz mit den Schwaben meint der Verfasser: "Ist es nicht auch ein bißchen Minderwertigkeitsgefühl, wenn angesichts der robusteren Art des östlichen Landesbruders

sondern lediglich der Ausdruck des Willens in den nun einmal vorläufig nicht zu ändernden Grenzen verfassungsmässige Zustände zu schaffen. Artikel 118 lasse die Trennung von Nord-Württemberg und Nordbaden durch Ländervereinbarung ohne weiteres zu. Ministerpräsident Maier habe eine Stellungnahme der württembergisch-badischen Regierung abgelehnt; es müsse zunächst abgewartet werden, ob Staatspräsident Wohleb die Freudenstadter Beschlüsse in seiner noch ausstehenden Antwort auf die Vorschläge aus Stuttgart und Tübingen sich zu eigen machen werde.

Wie die "Rhein-Neckar-Zeitung" vom 31.1o.49 meldet, erklärte Staatspräsident Dr.Müller über Radio Stuttgart, er glaube, dass eine Abstimmung über den Südweststaat noch im Dezember oder spätestens Anfang Januar durchgeführt werden könne. Voraussetzung dafür sei, dass die Stuttgarter Regierung sich mit den Freudenstadter CDU-Vorschlägen einverstanden erklärt.
Am 2.11.49 berichtet der "Mannheimer Morgen" aus Freiburg, dass man dort noch daran zweifle, ob das Kabinett die Zugeständnisse, die Wohleb in Freudenstadt gemacht habe, voll billigen werde. Bisher habe sich weder das Kabinett noch der Ältestenausschuss des südbadischen Landtages mit der Ausarbeitung des Antwortschreibens beschäftigt.
Wohleb hat nach den "Stuttgarter Nachrichten" vom 2.11.49 erklärt, der von Dr.Müller vorgeschlagene Termin für die Abstimmung (Dezember oder Januar) sei seiner Ansicht nach sehr früh angesetzt. Mit Rücksicht auf die klimatischen Verhältnisse im Winter (Behinderung der Bevölkerung z.B. im Schwarzwald durch Schneefall) müsse die Wahl später gelegt werden.

Die SPD hält, wie der "Mannheimer Morgen" vom 27.1o. meldet, die Beschlüsse der CDU von Freudenstadt nicht für einen gangbaren Weg, da bei einer eventuellen Ablehnung des Südweststaates keinesfalls von Bevölkerungsteilen ausserhalb Württemberg-Badens über die eventuelle Zerreissung dieses Staates abgestimmt werden dürfe. Für diese Frage (Wiederherstellung der alten Länder) müssten die Stimmen in den drei Ländern Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden getrennt gezählt werden.

Gemeinsamer Haushalt für Württemberg-Baden.

Der "Mannheimer Morgen" vom 26.11. bezeichnet den Beschluss des Landtages, für das neue Etat-Jahr einen gemeinsamen Haushaltsplan für beide Landesteile aufzustellen, als einen weiteren Schritt zur staatsrechtlichen Einheit der beiden Landesteile.

Karlsruhe oder Stuttgart.

"Die Rheinpfalz" vom 24.1o.49 bringt eine dpa-Meldung, wonach Wohleb erklärt hat, dass er es begrüssen würde, wenn Karlsruhe Landeshauptstadt des Südweststaates würde. "Sollte sich das Volk jedoch für Baden entscheiden, wäre Karlsruhe automatisch Landeshauptstadt".
Die "Badische Neueste Nachrichten" vom 22.1o.49 bringen einen grossen Artikel, der sich damit beschäftigt, ob die ehemalige Landeshauptstadt ein Wirtschaftszentrum werden kann. Der Verfasser (Dr.A.Noll) geht davon aus, dass der Standort Karlsruhes günstige Voraussetzungen für eine Wirtschaftsstadt biete. Auch das Arbeitskräftereservoir gestatte eine starke Industrialisierung der Stadt. Allerdings fehle das zu einer Wirtschaftsstadt gehörige "Klima", der entsprechende Geist. Zur Konkurrenz mit den Schwaben meint der Verfasser: "Ist es nicht auch ein bißchen Minderwertigkeitsgefühl, wenn angesichts der robusteren Art des östlichen Landesbruders

Tendenzen der wirtschaftlichen Abkapselung in eigenen Grenzen aufkommen? ". Der Prozess einer wirtschaftlichen Belebung müsste bewusster forciert werden, auch mit dem Blick auf die führige nördliche Schwesterstadt, deren neues Oberhaupt mit der Idee eines Zweckverbandes über den Rhein hinübergreifen möchte.

Der "Mannheimer Morgen" vom 21.1o. erklärt in einem Leitartikel, die Devise in Karlsruhe heisse: "Landeshauptstadt um jeden Preis. " Dem Streit um den Bundessitz werde sich der Krach um die Hauptstadt des Südweststaates anschliessen.

Weiter meldet der "Mannheimer Morgen" vom 21.1o., dass Staatspräsident Wohleb dem Karlsruher Oberbürgermeister Töpper einen Besuch abgestattet habe, bei dem auch das Südweststaatproblem eingehend besprochen worden sei.

Aufruf von Finanzminister Kaufmann an die nordbadischen Beamten.

In einem Rundbrief wendet sich Dr.Kaufmann als Landesbezirkspräsident gegen Gerüchte und Propagandalügen, die im Zusammenhang mit der Südweststaatfrage propagiert werden. Er machte den Beamten zur Pflicht, unwahre Behauptungen über eine Benachteiligung Badens durch Württemberg zu widerlegen und insbesondere den Behauptungen entgegenzutreten, dass verantwortliche Stellen des Landtages oder der Regierung mit Absicht Baden benachteiligten. Es sei den Beamten auch erlaubt, sich für die Errichtung bestimmter politischer Ziele einzusetzen, auch wenn diese nur durch eine Änderung der Verfassung oder von Gesetzen erreicht werden könne.

Probeabstimmung in Karlsruhe.

Die "Badische Neueste Nachrichten", die zuerst eine Serie von Leserzuschriften für und gegen den Südweststaat gebracht hatten, veranstaltete eine Leserabstimmung zur Frage des Südweststaates. Am 28.1o.49 meldet das Blatt, dass tausende von Lesern den Stimmzettel der Zeitung eingeschickt haben. Hierbei zeigte sich folgendes Ergebnis:

Karlsruhe - Stadt und Land:	89%	gegen
	11%	für den Südweststaat.
Pforzheim	19%	gegen
	81%	für den Südweststaat.
Bruchsal	77%	gegen
	23%	für den Südweststaat.
Südbaden	84%	gegen
	16%	für den Südweststaat.

Insgesamt: 86% gegen-und 14% für den Südweststaat.

Die Zeitung schreibt dazu: "Freilich wäre es abwegig, aus den Prozentziffern endgültige Schlüsse auf das Ergebnis einer Volksabstimmung ableiten zu wollen."
Das Ergebnis dieser Probeabstimmung wurde auch von anderen Zeitungen veröffentlicht, so vom "Tageblatt" (Heidelberg) vom 7.11., "Die Neue Zeitung" vom 31.1o.49.
"Die Rheinpfalz" vom 25.1o.49 berichtet, dass auch die "Karlsruher Neue Zeitung" eine Umfrage veranstaltet habe, und zwar unter Strassenpassanten. Von etwa 1 ooo Befragten wünschen 667 die Wiederherstellung des Landes Baden, 3o3 die Bildung des Südweststaates, 7o Personen lehnten eine Stellungnahme ab.

Kundgebungen und Entschliessungen.

Der Heidelberger Stadtrat nahm in seiner Sitzung vom 2o.1o. mit 24 gegen 3 Stimmen eine Entschliessung an, in der festgestellt wird, dass der Zusammenschluss des gesamten württembergisch-badischen Raumes zu einem gesunden leistungsfähigen Staate eine unbedingte Notwendigkeit ist. Kleinliche Sonderinteressen müssten zurückstehen. (Stuttgarter Nachrichten vom 21.1o.49).
Vertreter der CDU bestritten in der Abstimmung vorausgehenden Aussprache die Zuständigkeit des Stadtrates für eine Beschlussfassung zu dieser politischen Frage. ("Mannheimer Morgen" vom 21.1o.49).
In einer Versammlung des Bauernverbandes Württemberg-Baden wurde betont, dass eine aufbauende Agrarpolitik sich in Südwestdeutschland am besten fördern lasse, wenn die drei Länder in einem Südweststaat zusammengefasst werden. (Badische Neueste Nachrichten vom 22.1o.49).
In Stuttgart wurde der Landesinnungsverband des Buchbinderhandwerks gegründet. Die aus Baden kommenden Buchbindermeister lehnten einen Zusammenschluss mit den württembergischenBuchbindern ab. (Mannheimer Morgen vom 26.1o.49).
In einem Bericht des "Mannheimer Morgen" vom 26.1o. über einen Ausspracheabend der CDU in Waldhof-Gartenstadt heisst es: "Über die Frage des Südweststaates wurde nicht lange debattiert - man war einhellig dafür."
Am 28.1o. fand eine Versammlung der CDU und Jungen Union in Mannheim-Neckarau statt. Hierüber berichtet die "Rhein-Neckar-Zeitung" vom 1.11. u.a. folgendes: "Alle Anwesenden sprachen sich für eine baldige Verwirklichung der Vereinigung aus und zwar auf Grundlage der Freudenstadter Beschlüsse". Die Versammlung sah in der Stellung der Doppelfrage keinen Verfassungsbruch und glaubt, dass bei "gutem und ehrlichen Willen" der anderen es nicht zu einem Scheitern kommen dürfe."

Durch alle Zeitungen ging der Bericht über die Resolution, die die Arbeitsgemeinschaft der Industrie-und Handelskammer in Württemberg-Baden auf ihrer Tagung in Schwäbisch Gmünd zur Südweststaatfrage gefasst hatte. In der Entschliessung heisst es, die Zersplitterung des deutschen Südwestraumes sei auf die Dauer wirtschaftlich untragbar und politisch widersinnig. (AZ vom 26.1o.49) —
Auf der Tagung wandte sich Ministerpräsident Dr.Maier in einer Rede gegen die gefühlsbetonten Argumente, die von badischen Vereinigungen gegen den Zusammenschluss erhoben würden. "Es würde ihm auch gelingen, eine entsprechende Volksbewegung ins Leben zu rufen, wenn er mit der nötigen Demagogie als "Volksprediger" durch die Lande zöge."
Auf der gleichen Tagung bezeichnet Wirtschaftsminister Dr.Veit den Zusammenschluss der drei südwestdeutschen Länder als eine zwingende Konsequenz. (Rhein-Neckar-Zeitung vom 27.1o.49).

Auch die Industrie-und Handelskammer, die Handwerkskammer und die Gewerkschaften Pforzheims haben eine Resolution für den Südweststaat veröffentlicht. Sie beziehen sich hierbei auf den Beschluß des Stadtrates vom 3o.3.49 und den entsprechenden Beschluss des Kreistages. (Pforzheimer Zeitung vom 31.1o.49).

Auch die Vorstände und Vertreter der Ortausschüsse der Gewerkschaften Südwestdeutschlands nahmen am 29.1o.49 in Bad Sulzbach für den Südweststaat Stellung. (Württembergisch-badische Gewerkschaftszeitung vom 5.11.49). Die Entschliessung ist wörtlich abgedruckt im Tageblatt (Heidelberg) vom 1.11.49.

Die Gewerkschaften fordern in der Entschliessung ihre Mitglieder auf, sich überall mit ganzer Kraft für die Schaffung des Südweststaates einzusetzen.

Der Landesvorstand der "Notgemeinschaft" hat beschlossen, seine Anhängerschaft vor der "Aufrechterhaltung einer südwestdeutschen Kleinstaaterei" zu warnen und sie aufzufordern, die Schaffung des Südweststaates zu unterstützen. Den Heimatvertriebenen, Flieger- und Währungsgeschädigten könne nur von starken und grösseren deutschen Ländern ausreichend geholfen werden.
(Rhein-Neckar-Zeitung vom 29.1o.49.

Die im Landesbezirk Nordbaden gewählten Abgeordneten des Bundestages haben eine Erklärung abgegeben, in der sie sich für die alsbaldige Bildung eines Südweststaates aussprachen. (Allgemeine Zeitung (Mainz) vom 22.1o.49).
Die Namen der Abgeordneten, die die Entschliessung unterzeichnet haben, veröffentlicht die AZ vom 25.1o.49.

Die neugegründete Gesellschaft der Heidelberger Freunde der Universität, nahm auf ihrer Mitgliederversammlung mit grosser Mehrheit eine Entschliessung zum Südweststaat an.

Leserstimmen für und gegen den Südweststaat.

In der "Rheinpfalz" vom 29.1o. schreibt E.F. aus Karlsruhe:
"Die meisten Leute haben sich die Vorteile eines Südweststaates und die Nachteile eines "Alt-Baden" noch gar nicht klar gemacht!

In den "Badische Neueste Nachrichten" vom 27.1o.49 schreibt Frau Mühlbach, Rastatt: " Wir wollen badisch bleiben und keine Kolonie werden . . . Was Dr.Maier übrig lässt, das hat man ja vor 2 Jahren gesehen, als Mannheim wochenlang kein Stückchen Brot zu essen bekam und General Clay zu Hilfe kommen musste. "

In den "Badische Neueste Nachrichten" vom 25.1o. schreibt A. Späth, Karlsruhe: " Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass gerade die bisherige Verkoppelung Nordbadens mit Württemberg unseren Wiederaufbau gelähmt und uns auch sonst in wirtschaftlicher und personeller Hinsicht mehr geschadet als genutzt hat."

In der "Rhein-Neckar-Zeitung" vom 22/23.1o. schreibt Hans Kretzler (Mannheim) an die Redaktion: "Ihre Stellungnahme zum Südweststaat achte ich " . . . "Es wäre jedoch zu begrüssen, wenn in Ihrer Zeitung auch eine Stimme zu Wort käme, die in derselben Weise etwas für "Altbaden" zu sagen hätte! Ich meine nicht die Stimme des Herrn Wohleb, der . . . immer dieselben Antworten gibt, die keine Antworten sind. Wichtig wäre eine Stimme, die unabhängig sachliche Gründe gegen den Südweststaat vorzubringen weiss. Ich habe bisher eine solche Stimme noch nicht entdeckt."

Die "Badische Neueste Nachrichten" vom 29.1o. bringen leitartikelhaft eine Übersicht über Leserstimmen für und gegen den Südweststaat. Ein Pforzheimer schreibt: " von einem organischen badischen Staat konnten wir bis heute noch nichts feststellen". Dagegen schreibt ein Karlsruher: "Wo gab es zuerst weisse Brötchen? - In Stuttgart! Wohin kam das beste Mehl? - Nach Stuttgart! Wohin wurden die Ministerien verlegt? - Nach Stuttgart!"
In einem anderen Brief heisst es: " Es ist kaum zwei Jahre her, als wir noch Fleischnot hatten, da haben die Schwobe das frisch geschlachtete Fleisch selbst gefressen und die badischen Kuhhörner mussten mit Büchsenfleisch vorliebnehmen." -

Die Hohen Kommissare und der Südweststaat.

Die "Pforzheimer Zeitung" vom 28.1o. meldet aus Bonn, dass man es auf dem Petersberg für ratsam halte, dass die Bundesregierung die Frage der Volksabstimmung über den Südweststaat an die Hohe Kommission herantrage. Im gleichen Blatt heisst es: " Von französischer Seite wird darauf hingewiesen, dass der Südweststaat zwangsläufig die Zerreissung des Landes Rheinland-Pfalz bedeuten werde, da Rheinland zum nördlichen Nachbarn Nordrhein-Westfalen hin tendieren und die Pfalz den Anschluss an Bayern suchen werde".

Hierzu schreiben die "Stuttgarter Nachrichten" vom 27.1o.:
"In diesem Zusammenhang wird bekannt, dass es dem französischen Oberkommissar, Francois Poncet, nicht gelungen ist, Sir Brian Robertson und John J. McCloy zu einem Einspruch gegen die deutschen Absichten zu bewegen. (Es handelt sich um die beabsichtigte Volksabstimmung zum Südweststaat).

Der amerikanische Landeskommissar für Württemberg-Baden, Groß, hält die Zustimmung der Hohen Kommissare zu einem Südweststaat für ziemlich sicher, wenn das Grundgesetz und das Besatzungsstatut beachtet würden.
(Badische Neueste Nachrichten vom 28.1o.49). Zu Zeitungsberichten, nach denen die amerikanische Hohe Kommission einer eventuellen Änderung der Zonengrenzen bei der Bildung des Südweststaates nicht zustimmen werde, sagte Groß, dass diese Angelegenheit ausschliesslich von den alliierten Hohen Kommissaren entschieden würde.
(Tageblatt , Heidelberg, vom 28.1o.49).

"Die Neue Zeitung" vom 8.11. dagegen berichtet, General Groß habe erklärt, "es sei nicht ersichtlich, inwiefern die Entscheidung über den Südweststaat, wie immer sie auch ausfallen werde, eine Änderung der bestehenden Zonengrenzen zur Folge haben sollte."

Zeitungsartikel und Leitartikel

Das "Tageblatt" (Heidelberg) vom 5.11. bringt einen weiteren Beitrag von Dr.Birk, als Meinungsäusserung für ein Gesamtbaden. In der 2.Hälfte des Jahres 1948 sei das Steueraufkommen in Nordwürttemberg um 37.-DM geringer pro Kopf gewesen als im angeblich ärmeren Nordbaden. Im übrigen wendet sich Dr.Birk an die "heimattreuen Männer und Frauen Nordbadens", und hält es u.a. für erwähnenswert, dass man auf den Autoschildern das Wort Baden gestrichen habe.
Die Wasserstrassendirektion Stuttgart unter Leitung von Herrn Konz, sei überwiegend mit Schwaben besetzt. Birk machte darauf aufmerksam, dass Konz in der "Vereinigung Südwest" genannt ist (ohne dabei zu wissen, dass der Karlsruher Regierungsdirektor Konz nicht identisch ist mit dem Stuttgarter Strombaudirektor Konz). Der Artikel schliesst mit der Feststellung " dass die Schwaben doch nur unser Bestes wollen. Und das wollen wir eben gerade selbst behalten."

Der "Mannheimer Morgen" vom 26.1o. veröffentlicht ein Artikel von Friedrich Metz, mit einer Karte, aus der sich ergibt, dass Alt-Baden sich nicht mit den Landesgrenzen deckt, die Wohleb als Landesgrenze des neu zu gründenden Staates Baden wünsche. Prof. Metz stellt fest, dass die neu-badischen Gebiete 9/1o des Großherzogtums ausmachen.
Der "Wiesbadener Kurier" vom 26.1o. bringt einen sehr guten Artikel mit 3 kleinen Karten unter der Überschrift: "Zangengeburt Südweststaat". Die Zeitung erkennt offensichtlich die Vorteile eines Zusammenschlusses an und schreibt u.a. : " 'Die Art, wie Dr.Wohleb neuerdings in Heidelberg aufgetreten ist, kann eigentlich nur mit einem Lächeln quittiert werden, denn sein Verhalten lässt jedwede Einsicht in die gesamtdeutschen Interessen vermissen." -7-

"Die Freiheit" (SPD-Organ Mainz) vom 4.11. bringt einen Beitrag "von gut informierter Seite, in dem u.a. hervorgehoben wird, dass es in Westdeutschland loo Minister gibt; diese mit ihren Ministerien kosteten den westdeutschen Steuerzahler ungefähr so viel, wie die gesamte Reichsverwaltung zur Zeit der Weimarer Republik. Im südwestdeutschen Raum besonders seien 1945 Grenzen geschaffen worden, die einem Länderschrebergarten gleichkämen.
Der Artikel setzt sich im übrigen mit der Rheinland-Pfalz - und Südweststaatfrage vom parteipolitischen Gesichtspunkt auseinander.

Der "Mannheimer Morgen" vom 5.11. bringt eine"Chronik und Fibel über die Stationen der Bildung eines Südweststaates".
Vom 7.Juni 1948 (Londoner Empfehlungen) an bis auf den heutigen Tag sind alle wichtigen Ereignisse in der Südweststaatfrage festgehalten, darunter auch am 8.9.48 die Gründung des"Aktionsausschusses Kurpfalz"und am lo.lo.49 die Gründung der "Vereinigung Südwest:"

Organisationen für und wider den Südweststaat.

In Freiburg wurde, lt. "Badische Neueste Nachrichten" vom 28.lo. der Landesverein "Badische Heimat" gegründet. Obwohl der Verein an sich unpolitisch ist, stand seine Neugründung doch im Zeichen der politischen Auseinandersetzung für oder gegen die Wiederherstellung des Landes Baden.
Besonders umstritten war der Antrag des Karlsruher Oberbürgermeisters Töpper, die Karlsruher Stadtverwaltung als Körperschaft in den Verein aufzunehmen.-Die Vereinigung Südwest in Freiburg hat, wie die "Allgemeine Zeitung" (Mainz) vom 24.lo. berichtet, der Presse einer Erklärung übergeben, in der es heisst, dass die Vereinigung sich gezwungen sehe, die bisher geübte Zurückhaltung und faire Auseinandersetzung aufzugeben, da der südbadische Staatspräsident nicht den gleichen Weg beschreite. Die Vereinigung lehne vor allem die Art und Weise ab, mit der Wohleb die Autorität des Staatspräsidenten für seine Agitation missbrauche.

In Heidelberg wurde, wie es im "Tageblatt" (Heidelberg) vom 5.11. heisst, in einer aus allen Schichten der Bevölkerung des Raumes Heidelberg - Mannheim - Weinheim stark besuchten Besprechung die Konstituierung der "Arbeitsgemeinschaft der Badener" vorgenommen. Das Blatt veröffentlicht die Liste der Mitglieder des Aktionsausschusses.

- - - - - - - - - - - - - - - -

K u r p f a l z

Der Odenwaldclub Heidelberg veranstaltete eine Fahrt nach Bad Dürkheim. Hierüber berichtet "Die Rheinpfalz" vom 29.lo. "Der Odenwaldclub Heidelberg, der die Fahrt angeregt hatte, wollte mit dem Besuch Brücken schlagen von der alten Kurpfalz zur Rheinpfalz und die Trinksprüche beim anschliessenden Frühschoppen im Fass gipfelten alle in dem Wunsch, dass 195o Heidelberg mit der Rheinpfalz wieder vereinigt sei."

Die "Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung" vom 22.lo.49 schreibt in ihrem Artikel "Die Pfalz - bayerische Irredenta" : "Die bayerischen Ansprüche auf die Rückkehr des ehemaligen Regierungsbezirks mit der Hauptstadt Speyer und rund 1,1 Millionen Einwohnern gründet sich auf eine siebenhundertjährige dynastische Tradition".

(Wir sind dem Artikel durch einen Brief an die Redaktion entgegengetreten und haben einen Beitrag von Dr.Kollnig, der diese Geschichtsverfälschung widerlegt, eingesandt).

Vom Bayern-Pfalz-Ausschuss.

"Die Freiheit" (SPD-Organ, Mainz) vom 7.11. meldet aus Neustadt, der Bayern-Pfalz-Ausschuss beabsichtige in Kürze ein Mitteilungsblatt für die pfälzische Bevölkerung herauszugeben. Das Blatt soll später als Wochenzeitung erscheinen.
Ferner sei durch Vermittlung des Ausschusses den Jugendverbänden der Pfalz ein Zuschuss von 8 ooo DM für die Abhaltung von Jugendlagern in Bayern zur Verfügung gestellt worden.

Der Gründer und Kreisvorsitzende der Bayernpartei, Ludwig Lallinger, ist, wie das "Vorderpfälzer Tageblatt" vom 5.11.49 berichtet, nach Kaiserslautern gefahren, um dort mit führenden Persönlichkeiten des Bayern-Pfalz-Ausschusses Verhandlungen zu führen.

Zeitungsstimmen

Die "Pforzheimer Zeitung" vom 26.1o. berichtet in einem Artikel über die erhöhte Aktivität für die Wiedervereinigung Bayern-Pfalz. Das Blatt schreibt dabei zum Schluss:

> " Zwei Länder haben in erster Linie Anspruch, in die zu erwartende Auseinandersetzung um die Pfalz aktiv einzugreifen, Bayern, dem die Pfalz früher als Regierungsbezirk angehört hat und Rheinland-Pfalz, dem sie staatsrechtlich eingegliedert ist."

(Wir haben auch dieser Zeitung eine sachliche Erwiderung gegeben und den Beitrag von Dr.Kollnig, Heidelberg, (s.oben; Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung) zur Veröffentlichung eingeschickt.)

Der"Wiesbadener Kurier" vom 26.1o. beschäftigt sich in einem Leitartikel mit dem "Zankapfel Rheinpfalz". Das Blatt meint dabei:
"Stuttgart operiert - unter Vermeidung allzu lauter Töne und Hervorkehrung wirtschaftlicher Gesichtspunkte für den Anschluss an einen eventuellen Südweststaat - wesentlich glücklicher als die Regierung in Koblenz."
Zur Werbung aus Bayern stellt das Blatt fest, dass einflussreiche Kreise an der Isar wie in der Pfalz das Schwergewicht ihrer Werbung instinktsicher auf die Betonung des Gefühlsmässigen verlege.
Über das Schlagwort einer "historischen Reminiszenz"hinaus fühlt sich die Mehrheit der Pfälzer mit Bayern, in dem seine Söhne in viele massgebenden Stellen stehen, verbunden, meint der "Wiesbadener Kurier

Die "Süddeutsche Zeitung" München vom 22.1o. veröffentlicht eine Zuschrift von Prälat Walzer, der im Zusammenhang mit dem Südweststaat meint, die ablehnende Stimmung aus Baden, sogar aus Mannheim und Heidelberg, lasse kaum erwarten, dass gerade die Pfalz in dem neuen südwestdeutschen Staatsgebilde sich zufrieden fühlen würde.

"Die Rheinpfalz" vom 22.1o. beschäftigt sich ebenfalls mit der Frage Südweststaat oder Bayern. Das Blatt meint dazu:

> "Immerhin sollte man aber die Versuche Münchens, um die Hand der rheinischen Pfalz zu werben, nicht gar so brüsk abweisen, wie es eigentlich geschieht. Wo alles wirbt, sollte man dem bayrischen Verwandten die Türe nicht vor der Nase zuschlagen. So viel Recht wie Schwaben und Badenern steht ihm wahrscheinlich auch zu. "

Die "Badische Neueste Nachrichten" vom 7.11. bringen einen Bericht ihrer Münchener Redaktion. In diesem heisst es, dass bei den bayrisch-pfälzischen Bestrebungen nicht nur wirtschaftliche oder staatspolitische Erwägungen eine Rolle spielten, es schwinge auch ein echter Wunsch, ein echtes Gefühl der Zusammengehörigkeit mit.

Zu der Umbildung des rheinisch-pfälzischen Kabinetts durch Rück-

tritt der SPD-Minister schreibt die "Süddeutsche Zeitung" München vom 22.1o.:

> "Die Lösung der Koalitionsfrage wird entscheidende Bedeutung für die Existenz des Landes haben, denn eine in die Opposition verwiesene SPD kann nicht ohne Einfluss auf die 'Los-von Koblenz-Bewegung' in der Pfalz sein."

Der "Mannheimer Morgen" vom 2.11.49 bringt einen Artikel: "Südweststaat mit oder ohne Pfalz?" von Dr.Siebler, in dem auf die bevorstehende Gründung des "Vereins Kurpfalz" besonders eingegangen wird.

Einen sehr guten Beitrag über das Pfalzproblem bringt das "Vorderpfälzer Tageblatt" vom 5.11.

(Wir werden den Mitgliedern des Direktionsausschusses des Vereins Kurpfalz, sowie einigen sonstigen Interessierten die entsprechende Nummer dieser Zeitung schicken.)

Die "Stuttgarter Nachrichten" vom 2o.1o. beschäftigen sich kritisch mit der Tätigkeit des Ausschusses Bayern-Pfalz. Bayern will, nach Ansicht dieser Zeitung, nur eine simple Ausweitung der eigenen Macht, unter Missachtung der Rechtslage und der Bedürfnisse des deutschen Volkes. Durch den Artikel 29 des Bonner Grundgesetzes soll eine vernünftige Revision der Binnengrenzen empfohlen werden, sie stelle aber keine Ermutigung für dynastische Träume dar. Der Gedanke an eine "Aktenbrücke" München-Speyer als Pendant zu der von Frankfurt nach Bonn zeige am besten die Sinnlosigkeit der bayrischen Pfalzpläne.

Die Gründung des Vereins Kurpfalz.

Die am 4.11.49 in Ludwigshafen erfolgte Gründung des Vereins Kurpfalz fand ein Echo in vielen Zeitungen, auch ausserhalb der Grenzen der Kurpfalz.
Die "Frankfurter Allgemeine" vom 3.11. hatte schon in einem Vorbericht auf die Gründung des Vereins hingewiesen.
Die "Stuttfarter Nachrichten" brachten ebenfalls einen Vorbericht unter Darstellung der Ziele des Vereins.

Verein der Städte statt Zweckverband?

"Die Rheinpfalz" vom 7.11. meldet, dass bei einer Tagung des Städteverbandes in Bad Dürkheim beschlossen worden sei, einen Verein der Städte im Grossraum Ludwigshafen - Mannheim zu gründen, mit der juristischen Form einer Gemeinnützigen GmbH. Oberbürgermeister Dr.Heimerich werde die zur Gründung nötigen Vorarbeiten übernehmen.
Die "AZ" vom 7.11. dementiert diese Meldung insofern, als die Gründung des Vereins nicht beschlossen, sondern ein Zweckverband von den Teilnehmern lediglich aufs wärmste befürwortet sei.

- - - - - - - - - - - - -

Mannheim, den 1o.November 1949

- - - - - - - - - - - - - - -

Rechtsrheinischer Aktionsausschuss
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

E 1. Nov. 1949

den 31.Oktober 1949

K. 5.3.

Dr.Gutermann

An das
"Vorderpfälzer Tageblatt"

L a n d a u /Pfalz

Betr.: Ihre Ausgabe Nr. 12 vom 2o.1o.49 Artikel:
"Die Pfalz - eine 'verkaufte Braut'".

In dem erwähnten Artikel diskutieren Sie das Problem der Zugehörigkeit der Pfalz und die damit zusammenhängenden, nach verschiedenen Richtungen tendierenden Bestrebungen. Ich gestatte mir als Geschäftsführer des rechtsrheinischen Aktionsausschusses für die Wiedervereinigung der rechts und links des Rheines gelegenen Gebiete der Kurpfalz, Sie auf einen grundlegenden Irrtum hinzuweisen, der Ihnen hierbei unterlaufen ist.

Den Bestrebungen des Landes Bayern, die Pfalz nach Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz wieder zurückzugewinnen, stellen Sie zwei Gegenpole gegenüber, und zwar einerseits die Bestrebungen der "Vereinigung Südwest", andererseits die kurpfälzische Idee. Hierzu bemerken Sie, dass die Männer der Südweststaatidee das Pfalzproblem nur am Rande mitbehandeln, während Sie die kurpfälzische Idee als eine Sache kleinräumiger Reminiszenzen bezeichnen und von der Werbung des Oberbürgermeisters von Mannheim sagen, sie sei zunächst noch ohne Profilierung. Hierzu gestatte ich mir, folgendes zu erklären:

Die kurpfälzische Idee hängt insofern mit der Südweststaatidee unmittelbar zusammen, als eine Vereinigung der Pfalz mit dem zukünftigen Südweststaat erstrebt wird. Niemals war unsererseits daran gedacht, die Kurpfalz etwa als eigenes Land wieder herzustellen, sondern stets wurde darauf hingewiesen, dass die Kurpfalz nur als ein Regierungsbezirk in einem grösseren Staatsgebilde gelten kann.

Wenn die Pfalzfrage in letzter Zeit besonders auf rechtsrheinischer Seite zu Gunsten des Südweststaates etwas in den Hintergrund getreten zu sein scheint, so ist das darauf zurückzuführen, dass das Bonner Grundgesetz in seinem Artikel 118 für die Vereinigung der Länder Württemberg-Baden, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern besondere Erleichterungen geschaffen hat, die jedoch auf die Pfalz nicht anzuwenden sind. Es hat sich daher als zweckmässig erwiesen, erst das Südweststaatproblem einer Lösung zuzuführen, ehe die Frage der Zugehörigkeit der Pfalz in ein akutes Stadium kommt.

b.w.

Die Bestrebungen der Vereinigung der Pfalz laufen also zunächst parallel mit den Bestrebungen zur Bildung des Südweststaates aus der Überlegung heraus, dass nur ein grosser Südweststaat mit Einschluss der Pfalz ein Staatsgebilde ergibt, das geeignet ist, in der Bundesrepublik ein politisches Gewicht darzustellen. Sollte allerdings bei einer kommenden Volksabstimmung die erforderliche Mehrheit der Wähler für den Südweststaat nicht zustande kommen, so bedeutet dies nicht, dass deshalb die Wiedervereinigung der Pfalz fallen gelassen wird. Erst nach dem Ausgang dieser Abstimmung wird daher klar werden können, in welcher Form die Pfalz mit ihren rechtsrheinischen Gebietsteilen vereinigt werden kann.

Ich glaube hiermit widerlegt zu haben, dass es sich bei der kurpfälzischen Idee um eine Angelegenheit kleinräumiger Reminiszenzen handele und auch Ihre Ansicht zu entkräften, dass eine wiedervereinigte Kurpfalz ihre Lebensmöglichkeit nur aus dem schwererschütterten Mannheim und dem durch die Besatzungsmacht stark entfremdeten Heidelberg bezöge: Glied eines Staates zu sein, dessen Industrie als Lieferant und dessen Bevölkerung als Abnehmer pfälzischer Erzeugnisse eine erhebliche Rolle spielen, kann nur ein Gewinn für die Pfalz sein.

Hochachtungsvoll!

(Dr. Gutermann)

Durchschlag Herrn Dr.Dr.h.c.Heimerich
mit der Bitte um Kenntnisnahme. Gu.

Städt. Pressestelle

Rheinpfalz vom 18. Oktober 1949

Bayern und die Pfalz

Ein Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten an Ministerpräsident Altmeier

München. Der bayerische Ministerpräsident Ehard leitet uns folgendes Schreiben an den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Altmeier, zur Veröffentlichung zu:

„Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Durch die Presse habe ich von einer Anweisung der Landesregierung von Rheinland-Pfalz an die rheinpfälzischen Beamten Kenntnis genommen, die sich gegen die Tätigkeit der in Bayern und in der Pfalz bestehenden Pfalz-Ausschüsse wendet.

Unterdessen ist mir Ihre Benachrichtigung über den von Ihrer Regierung gefaßten Beschluß zugegangen, was ich hiermit bestätige.

Auf Grund der erwähnten Presseveröffentlichung hat sich der Ausschuß Bayern-Pfalz mit einem Schreiben vom 11. Oktober 1949 an mich gewandt und darin seinen Standpunkt zu dieser Angelegenheit dargelegt. Ich glaube, es dient zur Aufklärung, über die Bestrebungen und die Absichten der Pfalz-Ausschüsse, wenn ich mir erlaube, Ihnen diesen Brief in Abschrift zur Kenntnis zu geben. Ich fühle mich zu dieser Aufklärung um so mehr verpflichtet, als in dem erwähnten Erlaß der Landesregierung von Rheinland-Pfalz auch das Interesse, das die bayerische Staatsregierung an der Pflege und Aufrechterhaltung des inneren Kontaktes zwischen der pfälzischen Bevölkerung und der Bevölkerung in Bayern nimmt, einer Kritik unterzogen ist, die die Haltung der bayerischen Regierung in der Pfalzfrage in ein falsches Licht setzt.

Der Ihnen übermittelte Brief des Ausschusses Bayern-Pfalz an den bayerischen Ministerpräsidenten bringt die Lage, in der sich die bayerische Regierung befindet, so richtig und so klar zum Ausdruck, daß ich dem nicht viel hinzuzufügen habe.

Nur zu einem Passus des Erlasses der Landesregierung Rheinland-Pfalz darf ich mir eine kurze Bemerkung gestatten. Es heißt dort: „Wenn heute schon alle deutschen Länderregierungen in den Gebieten, die sie im Zuge der Neugliederung zu erwerben trachten, eine Annexionspropaganda entfalten würden, dann würde eine bedenkliche Unruhe und Unsicherheit in die politische und wirtschaftliche Aufbauarbeit hineingetragen."

Die Pflege der Beziehungen Bayerns zur Rheinpfalz, die sich aus einer nicht durch innere Entwicklungen, sondern durch äußere Umstände jäh unterbrochenen Zusammengehörigkeit ergeben, als Annexionspropaganda zu bezeichnen, ist eine Verkennung des natürlichen Tatbestandes, die von Bayern her nicht unwidersprochen bleiben kann.

So sehr die bayerische Staatsregierung darauf bedacht ist, in keiner Weise störend oder beunruhigend in den für Bayern schmerzlichen status quo einzugreifen, dessen Ergebnis die Losreißung der Rheinpfalz von Bayern ist, so unmöglich wird es jeder bayerischen Staatsregierung sein, Bestrebungen nicht gutzuheißen oder gar zu unterbinden, die auf die Wiederherstellung des alten Zustandes hinzielen für den Fall und unter der Voraussetzung, daß das pfälzische Volk vor die Frage gestellt wird, wohin es bei einer Neuordnung der Ländergrenzen im rheinischen Gebiete will. Da die Regierung von Rheinland-Pfalz jederzeit den Standpunkt eingenommen hat, daß sie in der Zufallsschöpfung des Landes Rheinland-Pfalz selbst keine Dauerlösung erblickt, können Absichten, die sich auf eine Zukunft beziehen, in der der bestehende Zustand geändert werden soll, unmöglich als eine gegen das Land Rheinland-Pfalz gerichtete Tätigkeit betrachtet werden.

Niemals könnte die bayerische Staatsregierung etwas gut heißen, was sich in irgendeiner Weise direkt oder indirekt gegen die Autorität der Regierung des derzeitigen Landes Rheinland-Pfalz richten oder gar die rheinländisch-pfälzischen Beamten in einen Konflikt mit ihrer beamtenmäßigen Pflicht bringen könnte.

So sehe ich keine Veranlassung, auf bayerische Stellen im Sinne des Beschlusses des Ministerrats von Rheinland-Pfalz einzuwirken. Nachdem der Beschluß Ihres Kabinetts durch die Presse gegangen ist, werden Sie Verständnis dafür haben, daß ich diesen Brief ebenfalls der Oeffentlichkeit übergebe.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung und verbindlichen Grüßen verbleibe ich

Ihr ergebener
Dr. Hans Ehard,
Bayerischer Ministerpräsident."

1) Ihr Ohm

2) Ihr Landsmann

A k t e n n o t i z .

Besuch von Dr.Masloh am 2o.Oktober 1949

Dr.Masloh meldet sich durch eine Besuchskarte an, auf der er sich als Regierungsrat und Privatgelehrter bezeichnet.
Er ist nach seinen Angaben jetzt Subdirektor beim Saarbrücker Rundfunk für Berichterstattung über Deutschland, Österreich und Schweiz. Er betont, dass er als einziger saarländischer Beamter nicht den Eid auf die Verfassung unterschrieben habe. Er habe mit seinem Vorgesetzten vereinbart, diese Sache zu "vergessen". Er berichtet, dass er zu dem Empfang der bayerischen Landtagsabgeordneten im Hotel Kobler in Neustadt eingeladen war und mit Dr.Horlacher die Frage der Rückgliederung der Saar besprochen habe. Die Angele enheit werde zunächst im beiderseitigen Einvernehmen dilatorisch behandelt, es sei jedoch in Aussicht genommen, dass von bayerischer Seite eine Studienkommission gebildet werde, die aus taktischen Gründen unabhängig vom Bayern-Pfalz-Ausschuss arbeite.

Dr.Masloh regt an, dass auch der Verein "Kurpfalz" sich mit der Bildung einer solchen Studienkommission befassen solle.

Als Nachfolger für Bögler ist nach seiner Ansicht der jetzige Vizepräsident Pfeiffer vorgesehen, der Anhänger des Bayern-Pfalz-Ausschusses sei.
Als Verbindungsmann zur Erlangung objektiver Nachrichten empfiehlt Dr.Masloh Herrn Herbert Schmitz (DPA Neustadt), Telefon 2451.

Der Geschäftsführer des Bayern-Pfalz-Ausschusses habe monatlich 1 ooo Liter Benzin zur Verfügung.

Mannheim, den 21.Oktober 1949.

Durchschlag an die Herren:

Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Heimerich
Fabrikant Richard Freudenberg
Rechtsanwalt Dr.Waldeck

Lh.

Mannheim, den 18. Oktober 1949

Auf das Schreiben des Herrn Stadtbaudirektor a.D. W.Hallbauer, Ludwigsburg vom 24.9.49 - nebst den Unterlagen - ist zu setzen:

1.) An Herrn Dr. Gutermann - mit der Bitte, die Vorschläge zu prüfen und dann mit mir Rücksprache zu nehmen.

2.) Sehr geehrter Herr Stadtbaudirektor !

Ihr Brief vom 24. September ist erstaunlicherweise erst am 15. Oktober hier eingegangen. Ich weiß nicht, worauf diese Verzögerung zurückzuführen ist. Ich werde Ihren Vorschlag mit interessierten Stellen besprechen und werde mich dann wieder mit Ihnenin Verbindung setzen.

Mit freundlicher Begrüßung
verbleibe ich Ihr ergebener

3.) W.V. 25.10.49

Obgmstr. Kn.

15. Okt. 1949

V o l l m a c h t .

Der Leiter der Geschäftsstelle des Rechtsrheinischen Aktionsausschusses für die Wiedervereinigung der rechts und links des Rheines gelegenen Gebiete der Kurpfalz, Herr Dr. G u t e r m a n n , wird hiermit ermächtigt, von dem bei der Stadtkasse Mannheim für den Aktionsausschuss bestehenden Sonderkonto einen weiteren Betrag von

DM 5oo.-- (i.W. Fünfhundert Deutsche Mark)

zur Deckung von Kosten der Geschäftsstelle abzuheben.

Lg.

(Dr.Heimerich)

1o. Okt. 1949

Kopie · nach
anfangs.

Ich nehme Bezug auf die Unterredung des Herrn Dr. G u t e r m a n n mit Ihnen und übersende in der Anlage den Auszug aus einem Protokoll über die Sitzung des Aktionsausschusses in Heidelberg am 5.Aug.1949. Ich bitte, die in diesem Protokoll zugesagten DM 1.ooo.=- dem Aktionsausschuss für die Wiedervereinigung der Kurpfalz nunmehr zu überweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

(Dr.Heimerich)

An die
Stadtverwaltung Heidelberg,
Referat I, z.Hdn. von Herrn S i m o n ,

H e i d e l b e r g
Rathaus

Mannheim, den 23.Sept. 49.

An den Herrn Oberbürgermeister zurück.

Die Stadt Mannheim hat für den Aktionsausschuß den in der Sitzung vom 5.8.1948 in Aussicht genommenen Betrag von 3.000 DM zur Verfügung gestellt. Hiervon sind 2.500 DM in Anspruch genommen worden. Der Rest von 500 DM steht auf Abruf bereit.

Oberverwaltungsrat

Mannheim, den 20.September 1949.

Herrn Oberverwaltungsrat Häfner.

Welcher Betrag ist seitens der Stadt für den Aktionsausschuß bereitgestellt ? Der Aktionsausschuß wird noch einige Mittel benötigen, bis der Verein "Kurpfalz" gegründet ist. Dann sollen die notwendigen Gelder durch Mitgliederbeiträge aufgebracht werden.

Oberbürgermeister

Dr Heimerich.

20. Sep. 1949

Mannheim, den 19. September 1949

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Dr.h.c. H. Heimerich

Betrifft: Finanzierung des Aktionsausschusses.

Auf das Konto Nr. 420 "Aktionsausschuss Württemberg-Baden-Pfalz" bei der Stadtkasse Mannheim wurden folgende Zahlungen geleistet:

Rechnungsjahr 1948

Beilg. Nr.	Monat/Tag	Name		Betrag
	1948			
67	7.9.	Dipl. Ing. Fr. Reuther	DM	600,-
68	9.9.	Heinr. Lanz, Mannheim	"	500,-
69	9.9.	Ph. Goldschmidt, Rheinau	"	300,-
98	17.9.	Strebelwerk	"	300,-
99	17.9.	Großkraftwerk	"	500,-
100	20.9.	Freudenberg C.	"	500,-
113	29.9.	Fa. Vögele	"	1.000,-
123	6.10.	Zellstoff Waldhof	"	500,-
126	12.10.	Hutchinson	"	400,-
131	15.10.	B.B.C.	"	500,-
135	26.10.	Fa. Mohr & Federhaff	"	200,-
136	26.10.	Fa. Sunlicht A.G.	"	750,-
143	9.11.	Freudenberg	"	4.000,-
148	19.11.	Fa. Heinrich Lanz	"	500,-
	1949			
	20.7.	Stadtv. Mannheim		3.000,-
			DM	13.550,-

(Dr. Gutermann)

Mannheim, den 14. Sept. 1949
Dr.H./Kr.

Herrn Dr. G u t e r m a n n mit der Bitte um Mitteilung, wer bisher Zahlungen für die Zwecke des Aktionsausschusses geleistet hat und in welcher Höhe.

(Dr.Heimerich)

Betr.: Finanzierung des Aktionsausschusses.

Auszug aus einem Protokoll
über die Sitzung des Aktionsausschusses in Heidelberg
am 5.8.1948.

"Zur Finanzierung der Arbeiten wird zunächst ein Betrag von DM 1o.ooo.-- ausgeworfen. Hiervon wird nach Erklärung von Herrn Freudenberg die Industrie DM 5.ooo.-- tragen, ferner soll die Stadt Mannheim DM 3.ooo.--, die Stadt Heidelberg DM 1.ooo.-- und die Stadt Weinheim ebenfalls DM 1.ooo.-- übernehmen. Schliesslich sollen die Gewerkschaften gebeten werden, DM 2.ooo.-- zur Verfügung zu stellen Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften will Dr. Cahn-Garnier übernehmen."

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der rechts
und links des Rheines gelegenen Ge-
biete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

Mannheim, den 6. Oktober 1949

8. Okt. 1949

Hierdurch teilen wir mit, daß wir am 1. Oktober ds. Js. unser Büro (bisher E 1,5) verlegt haben nach

Mannheim, K 5
Zimmer 311/312

Fernmündlich sind wir zu erreichen über
45151 oder 45261, Apparat 475.

Hochachtungsvoll
Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der rechts
und links des Rheines gelegenen Ge-
biete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

mit der Bitte um Kenntnisnahme

gez.: Dr. Gutermann

K. S.

Kh.

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

Mannheim, den 6.Oktober 1949

6. Okt. 1949

Herrn Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Heimerich

M a n n h e i m

Rathaus

Betr.: Bayerische Abordnung in der Pfalz.

Ich halte es für zweckmässig, bei den Empfängen der bayerischen Abordnung in Neustadt, Landau und Kaiserslautern als stiller Beobachter teilzunehmen, um die Stimmung der Bevölkerung hierbei zu erforschen. Oder man könnte auch zuverlässige Leute (Oberregierungspräsident Bögler, Dr.Röhlke, Rechtsanwalt Neumayer) bitten, uns einen vertraulichen Bericht über den Verlauf der Kundgebungen zu schicken.
Welchen Weg halten Sie für den richtigen?

Dr.Gutermann

Anlage
Zeitungsausschnitte:
"Die Rheinpfalz" v.5.6. und
"Allgemeine Zeitung" (Mainz) v.6.lo. nach Kenntnisnahme zurückerbeten.

"Die Rheinpfalz" vom 5.Oktober 1949

Bayerische Abordnung in der Pfalz

Neustadt a Hdt. Am kommenden Wochenende treffen aus München auf Einladung des Bayern-Pfalz-Ausschusses etwa 30 bayerische Landtagsabgeordnete aller Parteien zu einem Besuch in der Pfalz ein. Neben dem Rheinhafen in Ludwigshafen werden Industriewerke in Kaiserslautern, Pirmasens und Zweibrücken, besucht. Die Abordnung soll u. a. in Neustadt a. Hdt, Landau und Kaiserslautern empfangen werden. Es wird betont, daß der Besuch keinen offiziellen Charakter trägt.

"Allgemeine Zeitung" (Mainz) vom 6.Oktober 1949

Flugblätter mit einer Bayern-Hymne

Ludwigshafen, 5. Oktober. (dpa) Dreißig Abgeordnete aller Fraktionen des Bayerischen Landtages werden der Pfalz am kommenden Wochenende einen inoffiziellen Besuch abstatten. Von einem unbekannten Kraftwagen sind am Dienstagabend in Neustadt an der Haardt in größeren Mengen Flugblätter ausgeteilt worden. Die Blätter tragen auf der Vorderseite die weiß-blauen Farben Bayerns und auf der Rückseite den Text und die Noten für eine sogenannte Bayern-Hymne, deren erste Strophe lautet: „Gott mit dir, du Land der Bayern, deutscher Erde Vaterland, über deinen weiten Gauen ruhe seine Segenshand."

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

28. Sep. 1949

MANNHEIM, den 28. September 1949
E 1, 5/7

Herrn Oberbürgermeister
Dr.Dr. h.c.Heimerich

Mannheim
Rathaus K 7

Betrifft: Eintragung des " Vereins Kurpfalz".

Sehr geehrter Herr Dr. Heimerich!

Zur Vorbereitung einer etwaigen Eintragung des "Vereins Kurpfalz" hatte ich den Satzungsentwurf beim hiesigen Registergericht zur Prüfung vorgelegt. Der Beamte des Vereinsregisters hat folgende Einwendungen:
In § 3 ist ausser für die Aufnahme und den Austritt von Mitgliedern auch eine Regelung über den Ausschluß vorzusehen. Der Absatz 2 dieses Paragraphen wäre etwa wie folgt zu ergänzen:

"Mitglieder, deren Verhalten geeignet ist, das Ansehen des Vereins zu schädigen, oder seinen Zielen entgegenzuwirken, können durch einen Beschluß des Verwaltungsrates ausge - schlossen werden."

Zu § 6 wird beanstandet, daß die Leitung des Vereins nicht dem Direktionsausschuß sondern dem Vorstand zustehe, der in wichtigen Entscheidungen an Beschlüsse des Verwaltungsausschusses gebunden werden könne. Auch die Vertretung des Vereins nach aussen stehe dem Vorstand zu und nicht dem Direktionsausschuß. Der Direktionsausschuß müsse mehr die Funktion etwa eines Aufsichtsrates haben.
Der § 6 wäre wie folgt neu zu fassen:

" § 6 Die Leitung des Vereins.
Der Direktionsausschuß (Verwaltungsrat) besteht aus 21 Personen, von denen 11 Personen im linksrheinischen Gebiet und 10 Personen im rechtsrheinischen Gebiet der ehemaligen Kurpfalz ihren Wohnsitz haben sollen. Der Direktionsausschuß wird von der Gründungsversammlung bzw. von der alljährlich einmal am Ende des Geschäftsjahres stattfindenden Mitgliederversammlung gewählt. Er bestimmt die Grundsätze, die für die Verwaltung des Vereins durch den Vorstand massgebend sind.

./.

Der Direktionsausschuß wählt aus seiner Mitte für die Dauer eines Jahres mit einfacher Stimmenmehrheit den Vorstand.
Dieser setzt sich zusammen aus:

a) Dem Vorsitzenden
b) Dem stellvertretenden Vorsitzenden
c) Dem Schriftführer
d) Dem Rechnungsführer

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist hierbei an Weisungen des Direktionsausschusses gebunden. Der Vorstand, im Verhinderungsfalle der stellvertretende Vorsitzende, vertritt den Verein gerichtlich und aussergerichtlich."

Der Beamte des Registergerichts hält es ausserdem für ratsam, in § 7 Vorschriften aufzunehmen über die Beurkundung von Beschlüssen. (Entsprechend der Sollvorschrift in § 58 Ziffer 4 BGB). Vor der Eintragung des Vereins wäre eine Gründungsversammlung einzuberufen, in der die Gründung des Vereins und Genehmigung der Satzungen beschlossen wird. Gleichzeitig wäre der Direktionsausschuß und Vorstand zu wählen. Die Satzung ist von sieben Gründungsmitgliedern zu unterzeichnen. Über den Verlauf der Gründungsversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen , das vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.

Da die Tätigkeit des Vereins sich über den Bereich des Landes Württemberg-Baden erstreckt, ist nach dem Erlaß des Justizministeriums vom 27.11.1947 Nr. 382/41 die Genehmigung des Innenministeriums erforderlich.

Der Gerichtsbeamte hält es für ratsam, daß diese Genehmigung unter Vorlage der Satzungen jetzt schon in Karlsruhe Abt. Innenverwaltung beantragt wird.

Ich darf Sie bitten, sehr geehrter Herr Dr. Heimerich, einen Termin vorzuschlagen zu einer Besprechung über diese Dinge.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Jensen.

Auszug aus einem Protokoll
über die Sitzung des Aktionsausschusses in Heidelberg
am 5.8.1948.

"Zur Finanzierung der Arbeiten wird zunächst ein Betrag von DM 1o.ooo.-- ausgeworfen. Hiervon wird nach Erklärung von Herrn Freudenberg die Industrie DM 5.ooo.-- tragen, ferner soll die Stadt Mannheim DM 3.ooo.--, die Stadt Heidelberg DM 1.ooo.-- und die Stadt Weinheim ebenfalls DM 1.ooo.-- übernehmen. Schliesslich sollen die Gewerkschaften gebeten werden, DM 2.ooo.-- zur Verfügung zu stellen Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften will Dr. Cahn-Garnier übernehmen."

Mannheim, den 24. Sept. 1949

Herrn Dr. G u t e r m a n n

Ich bitte Sie, mit Herrn Peter P f e i f f e r , dessen Brief an mich vom 22. ds.Mts. beigefügt ist, in Verbindung zu treten.

(Dr.Heimerich)

Kl / Lum 1.11

Kb

Pressebericht vom 31. August bis 13.9. 1949

Kontroverse Dr. Maier - Wohleb.

Auf den Vorschlag Wohlebs bezüglich einer beschleunigten Abstimmung über den Südweststaat hatte bekanntlich Dr. Maier als seine private Meinung geäussert,daß diese Vorschläge nicht neu seien, und daß man schon vor einem Jahr sich auf eine getrennte Abstimmung geeinigt habe. Weitergehende Zugeständnisse habe er nicht gemacht. Die Vorschläge des Ministerpräsidenten Wohleb durch publizierte Verfahren die Bildung des Südweststaates so verworren wie möglich darzustellen,bezeichnet Ministerpräsident Maier als ausserordentlich gefährlich,besonders im Hinblick auf einen etwaigen Anlaß zu einem diplomatischen Spiel feindlicher Mächte.("Die Freiheit" vom 31.8.49)

Hierzu äusserte Wohleb zunächst,er wolle durch eine weitere Stellungnahme die Atmosphäre nicht noch mehr vergiften und bezeichnete die Äusserung Dr. Maiers als mißverständlich. ("Die Neue Zeitung" vom 1.9.49) Kurz darauf jedoch bezeichnete Wohleb Pressevertretern gegenüber die Erklärung Dr. Maiers als geräuschvolle Begleitmusik zu seinem Vereinbarungsvorschlag und verharrte auf seinem Standpunkt,daß eine alternative Abstimmung notwendig sei.("Mannheimer Morgen" vom 3.9.49)

Sehr geschickt argumentiert Wohleb, daß ohne eine solche alternative - Fragestellung bei negativem Ausgang einer Südweststaat-Abstimmung, der bisherige unbefriedigende Zustand bestehen bleibe, was von keiner Seite gewünscht werde.(Badische Neueste Nachrichten' vom 6.9.49)Es sei bedenklich hierbei auf die nationale Gefahr hinzuweisen,die eine Ablehnung des Südweststaates zur Folge haben würde.("Allgemeine Zeitung Mainz"vom 3/4.9.49)

Karlsruhe,der schwächste Punkt in der Südweststaat-Front.

Die Neue Zeitung bringt am 7.9. einen Artikel,der sich mit der Stellung Karlsruhes im Südwestraum befaßt und davon ausgeht,daß die frühere Landeshauptstadt sich neue Chancen als Sitz einer badischen Regierung erhofft. Die bekannten Argumente wie Neckarkanal contra Rheinhafen,Eisenbahnverbindung nach Stuttgart werden angeführt um zu zeigen, daß"die Frage des Südweststaates eine Karlsruher Frage" geworden sei"So positiv weite Kreise der Bevölkerung zum Südweststaat stehen mögen,so wenig dürfen berechtigte Bedenken nach Ansicht der Karlsruher einfach auf die Seite geschoben werden." Immer wieder werden die Forderungen erhoben,nicht alle Behörden und Organisationen nach Stuttgart zu konzentrieren,sondern einen Teil nach Karlsruhe zu legen.

Ähnliche Sorgen werden bezüglich der Stadt Rastatt in der "Neuen Zeitung" vom 9.9.49 geschildert:

Rastatt hofft,daß, sobald die badische Regierung im Zuge der Regelung der Südweststaatfrage wieder in Karlsruhe sein wird, das Oberlandesgericht,der Rechnungshof,die Staatsschulden-verwaltung und andere Behörden, die keinen regelmässigen Publikums-verkehr haben,sich Rastatt als ihren Sitz wählen werden."

Besatzungskosten Sache des Bundes?

Eine Südena-Meldung der " Neuen Zeitung" vom 12.9.49 besagt,daß der Oberkommissar André Francois - Poncet dem Ministerpräsidenten Altmeier erklärt habe,daß zwischen dem Oberkommissar Einver - ständnis darüber erzielt worden sei,daß die Bundesrepublik Deutschland für die Aufbringung der Besatzungskosten zuständig sei.Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, einen gerechten Ausgleich zur Verteilung dieser Kosten zu schaffen.

(Im Hinblick auf die Finanzlage Südbadens wäre dies immerhin bedeutungsvoll,da damit der " ausserordentliche Haushalt " Südbadens weitgehend wegfiele und der ordentliche Haushalt, der nach den Erklärungen Wohlebs ausgeglichen ist, übrig bliebe.)

Hohenzollern als Vergleichsobjekt.-
Staatsrechtliche Parallelen zu Nordbaden.

Unter dieser Überschrift brigtn die "Neue Zeitung " vom 8.9.49 einen Artikel, der von einem Gutachten des Verwaltungsgerichts-hofs für Württemberg-Hohenzollern ausgeht.
In diesem Gutachten wird festgestellt,daß die gemeinsame Ver - fassung zwischen Hohenzollern und Südwürttemberg nur provisorische Charakter habe. Nach Ansicht unterrichteter Kreise in Freiburg ergebe sich für Nordbaden fast die gleiche Situation.
Auch hier sei unter dem Zwang der Verhältnisse eine Verfassung geschaffen worden,die nur vorübergehenden Charakter haben könne.

Die Pfalz und Bayern.

Am 1.9.49 berichtet die "Neue Zeitung " dreispaltig unter der Überschrift"die Pfalz zwischen Bayern und Südweststaat" über die Loslösungsbestrebungen der Pfalz aus dem Land Rheinland-Pfalz.
In gut fundierten Memoranden sei die wirtschaftliche Zusammen-gehörigkeit des Industriegroßraumes um Ludwighafen und Mannheim dargestellt worden.Für Mannheim sei der Kampf um die Pfalz auch der Kampf der Stadt um ihre Stellung.Die Verfechter der Wieder - vereinigung mit Bayern seien in Kreisen der älteren Beamten und des Klerus zu finden.Das Fazit ihrer Argumente läßt sich vielleicht zusammenfassen in dem Ausspruch"Der Bayer steht herzlich zu uns und viel positiver als der Württemberger. Auch sei Bayern als weitgehend landwirtschaftliches Land gegenüber dem stark industri-alisierten Württemberg auch stabiler.Hinzu kommen Beziehungen geistig - kultureller Art. Das Interesse am Südweststaat sei umso stärker je näher man sich in Nordbaden und im Raum Mannheim-Heidelberg befindet.Aus persönlichen Eindrücken glaubt der Verfasser(Hans K.Meyer) festgestellt zu haben,daß etwa 60% der Pfälzer für Bayern stimmen würden.(Bei einer persönlichen Besprechung in Anwesenehit von Prof. Metz bei Prof. Walter be-dauerte der genannte Korrespondent der"Neuen Zeitung" diese Zahl gebracht zu haben, und erklärte,daß sie auf französischen

Schätzungen beruhe.)

Zum gleichen Thema bringt die"Bayerische Landeszeitung" vom 2.9.49 einen Artikel von Msgr. M. Walzer unter der Überschrift "Weißblauer Himmel über der Pfalz."
Er spricht hierbei von Dankbarkeit gegenüber dem Staate Bayern und von dem Streben Mannheimer Kreise die Rheinpfalz wenigstens als Hinterland für sich zu haben."Wenn und solange der erste Beamte der Pfalz ganz offen und ungehindert für die Zerstörung des Staates für den er arbeiten sollte, eintritt, und solange fremde Kreise aus eigennützigen Interessen heraus uns den Weg vorzeichnen wollen den wir Pfälzer zu gehen hätten,wahren wir uns das Recht den Weg wieder dahin zurückzukehren,woher wir gekommen sind."

Zur Stimmenthaltung der Bayern bei der Wahl Karl Arnolds zum Präsidenten des Bundesrates schreiben die "Stuttgarter Nach - richten" vom 8.9.49. in einem Leitartikel,daß sich Bayern hierbei auf seine Rechte als ältestes deutsches Land und auf seine föderalistische Überlieferung berufe.Gerade letzeres Argument wird durch den Zentralismus dieses Landes entwertet,daß am liebsten die Rheinpfalz wieder schlucken möchte.

Koblenz oder Mainz - und die Pfalz.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Dr. Haberer einen Artikel in der "Rheinpfalz" vom 1.9.49.
Er gibt zu, daß Rheinland-Pfalz als Land keinerlei traditionelle Bindung habe und es sich darum drehe,einen geistigen und politischen Mittelpunkt hierfür zu schaffen.Koblenz sei nicht die geeignete Hauptstadt, im Augenblick seien aber in Mainz die Voraussetzungen ausreichender Arbeitsräume noch nicht gegeben.

"Verein Kurpfalz"

Über die Besprechung die kürzlich in Bad Dürkheim zwischen einigen rechtsrheinischen und linksrheinischen Vertretern des Anschlußgedankens stattfand, berichten die "Stuttgarter Nach - richten" vom 2.9.49. Der Verein Kurpfalz wird in etwa 4 Wochen an die Öffentlichkeit treten.Durch die neuerliche Aktivität des Staatspräsidenten Wohleb werde man sich wie Dr. Heimerich erklärt habe, nicht stören lassen.

Notstandsgebiet Nordbaden?

Zu diesem Thema bringen die "Badischen Neuesten Nachrichten" vom 13.9. einen beachtenswerten Artikel.Am Finanzierungsschlüssel 40 zu 60, der Flüchtlingsquote,der Wohnraumlage,dem Arbeitsmarkt und den Zahlen des Steueraufkommens wird bewiesen,daß der Landes- bezirk Baden gegenüber dem Landesbezirk Württemberg eine sinkende Tendenz aufweise.Besonders wird auf den Rückgang des Güterum - schlages in den Häfen Karlsruhe und Mannheim hingewiesen,während Heilbronn davon profitiere. Es heißt dann zum Schluß:
" Mit einem Anteil von 51% belief sich der Güterumschlag für

Mannheim auf 27o ooo t, mit 23 Prozent für Karlsruhe auf 125 ooo t und mit 26 Prozent für Heilbronn auf 15o ooo t. Während also Mannheim und Karlsruhe in ihrem Jahresumschlag weiter unter dem Vorkriegsstand liegen, hat Heilbronn, dessen Umschlag im Jahre 1936 noch 997 452 t betrug, mit 1 258 867 t im Jahre 1948 seinen normalen Friedensumschlag bereits weit überschritten.

Entwurf eines Bundesgesetzes zum Südweststaat?

Die"Neue Zeitung" vom 13.9.49 meldet, daß angeblich Carlo Schmid in Bonn ein solches Bundesgesetz eingebracht habe. In Freiburg würde man darin einen unfreundlichen Akt erblicken, aus dem sich ergebe, daß die Verhandlungen über die Südweststaatfrage als gescheitert anzusehen seien. Die badische Regierung werde in diesem Fall ihrerseits einen Gesetzentwurf einbringen.

Südweststaat-Konferenz der drei Länderchefs.

"Der Mannheimer Morgen" vom 13.9.49 bringt eine Meldung aus Bonn, wonach am 14.9. auf Schloß Bühler Höhe die drei südwestdeutschen Länderchefs zu einer Konferenz zusammentreten sollten. Am gleichen Tage meldet jedoch die "Allgemeine Zeitung" (Mainz) nach einem Drahtbericht aus Stuttgart, daß die Konferenz aus technischen Gründen nicht abgehalten werde, und ein neuer Termin noch nicht bekannt sei. Die"Badischen Neuesten Nachrichten" vom 13.9.49 meldeten, daß nach einer Äusserung Wohlebs ein Termin für dieses Zusammentreffen noch nicht feststehe.

Volksbegehren zur Wiederherstellung Oldenburgs.

Nach einem Bericht der Deutschen Zeitung(Wirtschaftszeitung) vom 7.9.49 hat der"Oldenburger Landesbund" ein Volksbegehren zur Wiederherstellung der Selbständigkeit des Landes Oldenburg eingeleitet.
Man hofft die erforderlichen 50.000 Unterschriften in Kürze zusammen zu haben, so daß im März 1950 die Abstimmung stattfinden kann. Oldenburg empfindet den Zusammenschluß mit Hannover als unbefriedigend; es werden aus Wirtschaftskreisen wirtschaftliche Schädigungen und von der Landbevölkerung mehr gefühlsmässige Gründe ins Feld geführt. Ein positiver Ausgang des Volksbegehrens würde bedeuten, daß im westdeutschen Bund ein Land von wenig über 5 ooo qkm Größe und von nicht einmal 1 ooo ooo Einwohnern entstehen würde. (Obwohl die Pfalz nicht die Herstellung eines eigenen Landes anstrebt, ergeben sich doch gewisse Parallelen.)

Mannheim, den 14. September 1949

Durchschlag an die Herren

Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Heimerich
Oberbürgermeister Dr. Swart
Bürgermeister Trumpfheller
Richard Freudenberg
Dr. Waldeck
Präsident Martens
Dr. Ebersbach

Mannheim, den 14. Sept. 1949
Dr.H./Kr.

Herrn Dr. G u t e r m a n n mit der Bitte um Mitteilung, wer bisher Zahlungen für die Zwecke des Aktionsausschusses geleistet hat und in welcher Höhe.

(Dr.Heimerich)

Betr.: Finanzierung des Aktionsausschusses.

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

13. Sep. 1949

MANNHEIM, den 12. September 1949
E 1, 5/7

Herrn Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c. H e i m e r i c h

M a n n h e i m:
Rathaus - K. 7

Sehr geehrter Herr Dr. H e i m e r i c h !

Da meine Bürokraft erkrankt ist und voraussichtlich 10 bis 14 Tage aussetzen muß, habe ich mir vom Arbeitsamt eine Aushilfskraft zuweisen lassen, für die ich eine tägliche Vergütung von DM 7,- vereinbart habe, nachdem mir eine Aushilfskraft vom Personalbüro der Stadtverwaltung nicht zur Verfügung gestellt werden konnte.

Falls möglich, möchte ich für die jetzt erkrankte Bürokraft deren Urlaub gleich anschliessen.

Ich bitte um Ihr Einverständnis mit dieser Maßnahme.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Einverstanden.
13.9.49.
Heimerich

Herr b. Gütermann
Tel. durchgegeben
am 13/9.49

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

13. Sep. 1949

Mannheim, den 11.9.1949

Herrn Oberbürgermeister
Dr.Dr. h.c. Heimerich,

Betrifft: Rheinisches Kulturinstitut.

Unter Bezugnahme auf Ihre Anfrage vom 3.d.Mts.
übergebe ich hiermit eine Notiz von Herrn Bürgermeister
Dr. Reichert, Ludwigshafen mit der Bitte um Kenntnisnahme.

K-g.
13-9.

[illegible]

[illegible]

13/9.49

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

13. Sep. 1949

Mannheim, den 12.9.1949

Herrn Oberbürgermeister
Dr.Dr. h.c.Heimerich ,

Beiliegendes Dankschreiben von Herrn Dr. Eberhard
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

K.g.
13-9.

Gesehen

Vh.

[illegible]

13/9.49

6. Sept. 1949

Verteiler: Dir.Vetter,Heidelberg
Bürgermstr. Dr.Reichert, Ludwigshafen
Dr.Gutermann, Mannheim

Sehr geehrte Herren!

Ich schreibe Ihnen in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des rehhtsrheinischen Aktionsausschusses für die Wiedervereinigung der rechts und links des Rheines gelegenen Gebiete der früheren Kurpfalz und als einer der Vorsitzenden des in Gründung befindlichen Vereins "Kurpfalz", der sich in seinem Wirkungsbereich auf das rechtsrheinische als auch auf das linksrheinische pfälzische Gebiet erstrecken wird.

Unsere Arbeit wird sehr berührt durch die Stellungnahme Ihrer Zeitung bzw. des Mitgliedes Ihrer Redaktion, Herrn Fritz S a r t o r i u s , in Nr. 176 vom 3o. Aug. und in Nr. 18o vom 3./4. Sept. 1949 unter der Überschrift "Wir wundern uns". Es wird dort öffentlich und entschieden Stellung genommen gegen eine Beschäftigung des Pfalz-Orchesters durchdie Sendestelle Heidelberg bei dem Festakt zur Eröffnung des neuen Senderaumes der Sendestelle am 25. Sept. 1949. Es wird insbesondere geltend gemahht, dass es sich bei dem Pfalz-Orchester um ein Orchester aus einem "fremden Zonengebiet" handle, um ein Orchester "ausserhalb des badischen Raums", und es wird die Frage gestellt, ob man für Nordbaden auf den orts- und landschaftsgebundenen Chrrakter der Sendestelle Heidelberg verzichten wolle. Ich glaube, darauf aufmerksam machen zu dürfen, dass unsere Landschaft die pfälzische ist, die sich rechts und links des Rheines erstreckt und dass das rechts-

An die
Redaktion der
"Rhein-Neckar-Zeitung"
H e i d e l b e r g
Hauptstr.

Ko zum Pkt
Kurpfalz.

Hb

rheinische pfälzische Gebiet erst später politisch zu Baden gekommen ist. Die Zonengrenze wird von uns allen als eine höchst unnatürliche Grenze empfunden und es geht wirklich zu weit, wenn man das Pfalz-Orchester ein "zonenfremdes" Orchester nennt, das rechts des Rheines kein Betätigungsfeld finden soll. Dazu kommt noch die schwierige wirtschaftliche Lage des Pfalz-Orchesters, der man wirklich schon aus freundnachbarlichen Gefühlen heraus Rechnung tragen sollte. Wir sollten in diesen Angelegenheiten wirklich keine Kirchturmspolitik treiben. Ich bitte Sie, diese Ausführungen so freundlich aufzunehmen, wie sie gemeint sind, aber doch noch einmal zu erwägen, ob Sie für die Zukunft Ihren Standpunkt gegenüber dem Pfalz-Orchester nicht ändern wollen.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!

(Dr.Heimerich)

6. Sept. 1949

Sehr verehrter Herr Kollege Reichert!

In der Anlage übersende ich Ihnen Abschrift meines heutigen Briefes an die Redaktion der "Rhein-Neckar-Zeitung", Heidelberg.

Mit den besten kollegialen Grüssen
bin ich Ihr

Herrn
Bürgermeister Dr. R e i c h e r t
Ludwigshafen / Rhein
Rathaus

Persönlich

6. Sept. 1949

Sehr verehrter Herr Vetter!

./. Ich erlaube mir, Ihnen Abschrift meines heutigen Briefes an die Redaktion der Rhein-Neckar-Zeitung zu übersenden.

Mit den besten Grüssen
bin ich Ihr

Herrn
Direktor Karl V e t t e r
Rhein-Neckar-Zeitung

H e i d e l b e r g
Hauptstr.

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

7. Sep. 1949

MANNHEIM, den 6.September 1949
E 1, 5/7

A / Kr.

Herrn Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich

M a n n h e i m

Rathaus - K.7.

Sehr geehrter Herr Dr.Heimerich!

Ich habe Herrn Dr.Eberhard ein Glückwunschschreiben zu seiner Wahl zum Generalintendanten von Radio Stuttgart geschrieben und bitte Sie, falls Sie mit dem Inhalt einverstanden sind, Ihre Unterschrift dazu zu geben.

Mit besten Grüssen
Ihr sehr ergebener

Anlage

den 6.September 1949

Herrn Generalintendanten
Dr.Fritz E b e r h a r d

S t u t t g a r t
Süddeutscher Rundfunk

Sehr verehrter Herr Dr.Eberhard!

Mit grosser Freude haben wir vernommen, dass Sie zum Generalintendanten für Radio Stuttgart gewählt wurden. Wir möchten nicht versäumen, Ihnen zu Ihrem neuen Amt unsere herzlichsten Glückwünsche auszusprechen.

Dass mit Ihnen ein Mann die Leitung von Radio Stuttgart übernimmt, der es von vornherein programmatisch zum Ausdruck gebracht hat, diese Institution nicht zu einem württembergischen Heimatsender werden zu lassen, erfüllt uns mit besonderer Freude und Genugtuung. Sie haben sich auf unsere Anregung hin als Abgeordneter des Parlamentarischen Rates bereits um das Zustandekommen erleichternder Bedingungen im Grundgesetz für die Schaffung des Südweststaates grosse Verdienste erworben. Wir dürfen daher hoffen, dass Sie in Ihrer neuen Tätigkeit Gelegenheit haben werden, diese Ziele weiter zu verfolgen, und dass Sie auch nicht vergessen, welche Bedeutung die Pfalz für unseren nordbadischen Raum hat, eine Bedeutung, die von Stuttgart wohl bisher nicht in genügendem Ausmass erkannt wurde.

Mit unseren Glückwünschen verbinden wir daher die Hoffnung, dass wir auf eine erspriessliche Zusammenarbeit mit Ihnen in den von uns verfolgten Zielen rechnen dürfen.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!

Rechtsrheinischer Aktionsausschuss

für die Wiedervereinigung der rechts

und links des Rheines gelegenen
Gebiete der Kurpfalz

Vorstand: Geschäftsstelle:

6. Sept. 1949

V o l l m a c h t .

Der Leiter der Geschäftsstelle des Rechtsrheinischen Aktionsausschusses für die Wiedervereinigung der rechts und links des Rheines gelegenen Gebiete der Kurpfalz, Herr Dr. G u t e r m a n n , wird hiermit ermächtigt, von dem bei der Stadtkasse Mannheim für den Aktionsausschuss bestehenden Sonderkonto einen weiteren Betrag von

DM 1.ooo.-- (i.W. Eintausend Deutsche Mark)

zur Deckung von Kosten der Geschäftsstelle abzuheben.

(Dr.Heimerich)

**Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -**

Anl. 1/9

Aktennotiz.

Betr.: Dr.Kollnig; Vortrag im Amerikahaus über die Kurpfalz.

Nach Auskunft des Amerikahauses Heidelberg wohnt Dr.Kollnig in Heidelberg, Moltkestr. 24. Er ist Lehrer am Bunsen-Realgymnasium und gilt als hervorragender Kenner der Geschichte der Pfalz. Er ist durch verschiedene Schriften bereits hervorgetreten, so kürzlich durch ein Buch: "Die Pfalz nach dem 30-jährigen Krieg", (Verlag Kerrle, Heidelberg), ferner durch einen Beitrag in der Schrift "Goethe und Heidelberg", herausgegeben vom Kurpfälzischen Museum.

In der Volkshochschule Heidelberg hat er Kurse abgehalten. Professor Dr.Walter kennt ihn persönlich und hat mit ihm bereits die Möglichkeit erörtert, gelegentlich einen Vortrag im Auftrag des Aktionsausschusses zu halten.

Mannheim, den 31.August 1949

Durchschlag
Herrn Oberbürgermeister
Dr.Dr.h.c.Heimerich

mit der Bitte um Kenntnisnahme.

K / 2. m. Akz.

Kl.

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiederherstellung der
rechts und links des Rheins
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

Ende 3378

Kurzbericht über eine Besprechung am 29.August 1949 in Bad Dürkheim, Kurhaus.

Kr.

Anwesend:

Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Heimerich
(als Vorsitzender)
Oberregierungspräsident Bögler
Bürgermeister Dr.Reichert
Rechtsanwalt Dr.Waldeck
Stadtrat Bertram
Dr.Siebler
Dr.Gutermann

Anlass zu der Besprechung war die Tatsache, dass die Militärregierung in Koblenz die Zulassung des Vereins "Kurpfalz" abgelehnt hatte. Aus dieser Situation ergeben sich, wie Dr.Heimerich darstellt, 2 Möglichkeiten:

1. Es können Verhandlungen mit dem Gouverneur der Pfalz, Mr. Brozen-Faveraux geführt werden, um nach Möglichkeit eine Revision des Standpunktes der Militärregierung zu erreichen.
2. Der Verein kann in Mannheim eingetragen werden.

Da Herr Dr.Heimerich bereits eine Einladung von Mr.Brozen-Faveraux zu einer Besprechung hat, wird er bei dieser Gelegenheit die Sache des Vereins "Kurpfalz" besprechen. Da der Gouverneur von Rheinland-Pfalz, Hettier de Boislambert, angeblich demnächst für einige Tage verreisen will, soll versucht werden, die Angelegenheit noch vorher ins Reine zu bringen. Bei der Gelegenheit soll möglichst darauf hingewiesen werden, dass, falls die Militärregierung ihren Standpunkt beibehält, in der Öffentlichkeit diese, rein innerdeutsche Angelegenheiten berührende Einstellung von unserer Seite deutlich gebrandmarkt würde.

Falls die Unnachgiebigkeit der französischen Besatzungsbehörde eine Eintragung in Ludwigshafen verbietet, ist unverzüglich der zweite Weg (Eintragung in Mannheim) einzuschlagen.

Für den Vorstand des Vereins sind folgende Herren in Aussicht genommen:

Bürgermeister Dr.Reichert (Vorsitz)
Oberbürgermeister Dr,Heimerich (stellvertr.Vorsitz)
Oberregierungspräsident Bögler
Dr.Waldeck
Richard Freudenberg
Rechtsanwalt Neumaier.

Für den Verwaltungsrat (Direktionsausschuss) werden zunächst folgende Herren in Aussicht genommen:

rechtsrheinisch:

Braun, Kuhn, Beigeordneter Näher, Schloss, Prof. Schüle, Schweizer, Oberbürgermeister Dr.Swart, Bürgermeister Trumpfheller.

linksrheinisch:

Stadtrat Bertram, Dr.Fernholz, Oberbürgermeister Dr.Kraus, Dr.Landmesser, Lorenz, Ludwig, Landrat Roth, Dr.Winschuh.

./.

Je eine Geschäftsstelle des Vereins soll in Mannheim und Ludwigshafen sein.

Die für den Oktober vorgesehene Abstimmung über den Südweststaat und die damit zusammenhängenden Probleme der Pfalz machen es erforderlich, dass der Verein in spätestens 4 Wochen formell gegründet ist.

Mannheim, den 30.August 1949.

Mannheim, den 31. Aug. 1949
Kr.

Betr.: Kurpfalz

A k t e n n o t i z

Ich habe gestern Herrn Dr. Gutermann angerufen und ihn gefragt, was er von Herrn Dr. Kollnig wüsste und ob er sich mit ihm schon in Verbindung gesetzt hätte.

Herr Dr. Gutermann teilt heute telephonisch mit, dass er über das Amerika-Haus folgende Informationen erhalten hat:

Herr Dr. Kollnig wohnt in Heidelberg, Moltkestr. 24. Er ist Lehrer am Realgymnasium in Heidelberg und gilt als hervorragender Kenner der pfälzischen Geschichte. Er ist bekannt geworden durch verschiedene Schriften und Bücher, die er veröffentlicht hat. Zuletzt ist ein Buch von ihm erschienen im Kerle-Verlag in Heidelberg "Die Pfalz nach dem 3o-jährigen Krieg". Ausserdem hat er in der Schrift "Goethe und Heidelberg", die vom Kurpfälzischen Museum jetzt herausgekommen ist, einen Beitrag geleistet. Ferner leitet er Kurse an der Volkshochschule in Heidelberg. Inzwischen hat Herr Dr. Gutermann auch mit Herrn Prof. W a l t e r gesprochen, der Herrn Dr. Kollnig persönlich kennt. Herr Dr. Kollnig sei ein noch junger Mann (Ende 3o). Auch Herr Prof. Walter sagt, dass Dr. Kollnig ein hervorragender Kenner der pfälzischen Gesdhichte sei und ihm schon angeboten hätte, gerne einmal einen Vortrag im Aktionsausschuss Kurpfalz zu halten.

Ausschnitt aus dem Mannheimer Morgen vom Aug. 1949

und Bademeistern, und die ein- und zwei- lich verletzt.

Das „Kurpfalz-Bewußtsein" lebt noch

Dr. K. Kollnig sprach im Amerika-Haus über die Geschichte der Kurpfalz

Im Hinblick auf die Gespräche über den Südwest-Staat und den Zusammenschluß der ehemaligen kurpfälzischen Gebiete gewann der Lichtbilder-Vortrag von Dr. Kollnig, den er im Amerikahaus hielt, besondere Bedeutung. Der Sprecher vermittelte dabei eine historische Erklärung des politischen Begriffes „Kurpfalz", der sich von den schon in karolingischer Zeit bestandenen „Pfalzen" unter Otto dem Großen ableitet. Die Pfalzen waren damals kaiserliche Territorien, deren Leitung einem Grafen übertragen wurde, aus dem dann später der „Pfalzgraf" wurde.

In dem Bemühen, ihre Gebiete zu vergrößern, stießen die Pfalzgrafen im Rheingebiet hauptsächlich auf den Widerstand der damaligen Kirchenfürsten, doch gelang die Ausweitung des Gebietes zunächst am oberen Neckar und auf der linken Rheinseite bis etwa in die Gegend von Pirmasens, Kaiserslautern und Bergzabern. Nachdem 1356 durch Rupprecht I. 1356 die Kurwürde an die pfälzische Linie der Wittelsbacher geriet, entwickelte sich diese Pfalzgrafschaft zur „Kurpfalz" und Rupprecht I., der Gründer der Heidelberger Universität, war ihr erster Repräsentant.

Durch den Uebertritt der Kurfürsten der Pfalz zum Protestantismus wurde das Land in die Kämpfe der protestantischen Fürsten gegen den Kaiser gezogen. Die Kurpfalz wurde dabei ein Reservat des Kalvinismus und eine Zufluchtsstätte für religiös Verfolgte. 1606 erfolgte durch Kurfürst IV. die Erhebung des Fischerdorfes Mannheim zur Stadt.

Wie die Verheiratung der berühmten Liselotte von der Pfalz mit einem Bruder des französischen Königs gerade die entgegengesetzte Wirkung hatte, als Karl Ludwig beabsichtigte, der glaubte, damit sein Land vor Eingriffen bewahren wollte, zeigte der Redner mit Deutlichkeit auf, indem er darauf hinwies, wie gerade dieses politische Manöver Ludwig XIV. zum Vorwand diente, in die Pfalz einzufallen.

1720 wurde die kurfürstliche Residenz von Heidelberg nach Mannheim verlegt, das unter Karl Theodor einen ungeheuren Aufschwung erlebte und in die Reihe der bedeutendsten Kulturstätten Europas aufrückte. Doch mit der Uebersiedelung der Residenz nach München verlosch auch dieser Glanz wieder.

Anfangs des 19. Jahrhunderts ereilte dann auch die Kurpfalz das Schicksal, als Napoleon 1803 sie durch eine „Neuordnung" auflöste. Die rechtsrheinischen Gebiete bildeten mit anderen Territorien zusammen ab dieser Zeit das Großherzogtum Baden und das unter dem Namen Pfalz weiterbestehende Gebiet links des Rheines wurde 1806 zu Bayern geschlagen. Trotz dieser Trennung und Veränderung lebte aber das „kurpfälzische Bewußtsein" weiter bis auf den heutigen Tag, und so erscheint der Anschluß der jetzigen Pfalz an einen künftigen Südwest-Staat nicht nur geschichtlich, kulturell und verkehrsmäßig, sondern auch der Mentalität ihrer heutigen Bewohner nach begründet.

e.

24. Aug. 1949

1.) Sehr geehrter Herr Walter!

Ich danke Ihnen sehr für Ihr freundliches Schreiben vom 1o.8.1949, auf das ich leider erst heute zurückkommen kann.

Da ich zur Zeit mit anderen Aufgaben überlastet bin, habe ich Ihr Schreiben zunächst dem Geschäftsführer des Aktionsausschusses für die Wiedervereinigung der Kurpfalz, Herrn Dr. G u t e r m a n n , zugehen lassen, mit der Bitte, Ihren Vorschlag zu studieren und mir einen Bericht zu erstatten. Wir werden dann auf Ihr Schreiben nochmals zurückkommen.

Mit hochachtungsvoller Begrüssung!

(Dr.Heimerich)

Herrn
Architekt Adolf W a l t e r
La.- O g g e r s h e i m
Eichendorffstr. 2

2.) Herrn Dr. G u t e r m a n n zur Prüfung und Stellungnahme.

Hh.

24.8.1949

v.k.H. Herrn Dr. G u t e r m a n n .

Ich glaube, die Vorgänge Ihnen bereits zugeleitet zu haben.

Betr.: Dr.Otto F ä r b e r , Stuttgart, Gaußstr. 112 II
(Schr.v.18.8.49)

Mannheim, 25. Aug. 1949

Stadtverwaltung Ludwigshafen hat angerufen, Herr Bürgermeister Dr. R e i c h e r t hätte mit Herrn Oberregierungspräsident B ö g l e r gesprochen. Herr Bögler sei am Montag so wie so in Bad Dürkheim.

?

Dr Waldeck anrufen, daß es beim Montag bleibt: erl.

Rt. Dr. Brüll z 22. Sept

[illegible]

4565 [illegible] 119.00 1

[illegible] 120.00.

Dr. Mei

450 11

**Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz**
- Geschäftsstelle -

MANNHEIM, den 17.August 1949
E 1, 5/7

Herrn
Oberbürgermeister Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

18. Aug 1949

Sehr geehrter Herr Dr.Heimerich!

Der derzeitige Geschäftsgang im Groß-und Aussenhandelsverband liess es zweckmässig erscheinen, dass ich jetzt einen Teil meines Urlaubs nehme. Ich beabsichtige daher, am Freitag, den 19. ds,Mts. nachmittags meinen Urlaub anzutreten und bis einschliesslich Samstag, den 27.8.49 wegzubleiben.

Ich habe mich in Ludwigshafen erkundigt und erfahren, dass auf die Anmeldung des Vereins "Kurpfalz" von der Militärregierung noch keine Antwort eingetroffen ist. Ich glaube es daher auch von Seiten des Aktionsausschusses verantworten zu können, diese Woche Urlaub zu nehmen und bitte Sie um Ihr Einverständnis hierzu.

Mit verbindlichen Grüssen
Ihr sehr ergebener

Heidelberger
Ausschnitt aus dem Tageblatt vom 22.8.1949

„Mannheim will aus der Länderecke heraus"

Dr. Heimerich über sein Arbeitsprogramm

Am vorgestrigen Samstag fand in Mannheim die feierliche Vereidigung und Amtseinführung Dr. Dr. h.c. Hermann Heimerichs als Oberbürgermeister unserer Nachbarstadt statt. Bei der vielfältigen Verflochtenheit unserer badischen Städte konnte man mit Spannung sein Programm erwarten. Einige Sätze überlokaler Art verdienen verzeichnet zu werden:

„Es ist eine der wichtigsten Aufgaben eines Oberbürgermeisters und einer Stadtverwaltung, den Bürger an die gemeinschaftlichen Aufgaben einer Stadt heranzuführen, ihn hierfür zu interessieren und an diesen Aufgaben zu beteiligen. Dies allein bietet auch eine Gewähr dafür, daß eine solche Stadtverwaltung nicht in Bürokratie ausartet."

„Ueber den Gemeinschaftsaufgaben darf die persönliche Freiheit des Bürgers nicht vernachlässigt werden. Ich bin von der Notwendigkeit und dem Wert der Bürgerfreiheit zutiefst überzeugt .... Gerade wir Deutschen bedürfen einer Auflockerung unserer bürokratischen Gepflogenheiten. Vor allem muß sich aber jede behördliche Arbeit auf einem sicheren Rechtsboden abspielen. Sie darf nicht die willkürlichen Formen annehmen die wir in der Nazizeit zur Genüge kennen gelernt und die wir uns auch heute noch nicht ganz abgewöhnt haben ... Den Rechtsgedanken in der Verwaltung durchzusetzen, werde ich in meinem Amt als eine wichtige Aufgabe betrachten."

„Das Stadtregiment liegt nach unserer Gemeindeverfassung beim Stadtrat, dessen vollziehendes Organ der Oberbürgermeister ist. Aber man kann zweifeln, ob sie ein Ideal darstellt. Keine Verfassung ist mir so gut erschienen wie die alte badische Gemeindeordnung mit dem 24-köpfigen Stadtrat und dem Bürgerausschuß."

„Mit der Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland können wir zufrieden sein. Während zahlreiche Länder im Verhältnis zum Bunde den föderalistischen Gedanken und die Dezentralisation vertreten, sind sie in ihrem eigenen Bereich höchst zentralistisch eingestellt und durchaus nicht geneigt, die Selbstverwaltung wachsen zu lassen. Die Gemeinden sind allzu sehr zu Kostgängern beim Staate geworden und haben weitgehend ihre frühere Steuerhoheit verloren ... Ich habe stets die Auffassung vertreten, daß einer zentralen Gesetzgebung des Bundes eine breite, auf eigene Finanzquellen gegründete Selbstverwaltung der Länder bzw. Provinzen und der Gemeinden gegenüberstehen muß. Jedenfalls dürfen Sie von mir erwarten, daß ich das alte deutsche Gut der Selbstverwaltung auf das Aeußerste verteidigen werde."

„Wir denken heute viel zu viel in Ländern, die mehr oder weniger zufällig zustandegekommen sind, und berücksichtigen zu wenig die großen städtischen Agglomerationen, die die Zentren des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritts geworden sind. Der Lebensraum dieser städtischen Agglomerationen muß vernünftig gegliedert und organisiert sein. Ländergrenzen dürfen dabei kein Hindernis sein oder müßten notfalls geändert werden. Ich bin niemals ein Freund einer übermäßigen Eingemeindungspolitik gewesen und halte es für wertvoll, daß die Gemeinden, die früher nach Mannheim eingemeindet wurden, auch als Vorstädte sich eine gewisse Individualität bewahrt haben ... Aber es gibt unter benachbarten Gemeinden Aufgaben, die am besten gemeinsam gelöst werden, vor allem wenn, wie hier an der Neckarspitze, ca. 20 Gemeinden auf 670 qkm nahe beisammen liegen und insgesamt eine Einwohnerzahl von ca. 650 000 Personen aufweisen Nichts liegt näher als die Bildung eines kommunalen Zweckverbandes, der vielleicht zunächst in der Form einer Studiengesellschaft ins Leben treten könnte. Darüber hinaus bewegt uns in Mannheim natürlich die endliche Wiedervereinigung der pfälzischen Gebiete ... Wir denken an ein großes südwestdeutsches Land, bestehend aus Württemberg, Baden und der Rheinpfalz. Auf jeden Fall will Mannheim aus der Länderecke heraus, die seine Entwicklung hemmt. Das Land, an das wir denken, soll dann aber auch ein einheitliches Land sein ohne selbständige Landesbezirke, die, wie jetzt Nordbaden, eine Art von Präsidialverfassung haben. Wir halten es für untragbar daß in einem solchen Land ein eigener württembergischer und ein eigener badischer Etat bestehen. Die Landesteile müssen zusammenwachsen und in einem einheitlichen Staatsverband muß neben einem blühenden Stuttgart auch eine blühende Städtegemeinschaft am Rhein und an der Neckarspitze sich entfalten können."

Es scheint uns geboten, diese kommunalpolitische Linienführung wohl zu beachten. Dr. Heimerich weiß, welchen Weg er gehen will. Wo aber ein Wille zur gegenseitigen Abwägung der Interessen der Städte Mannheim und Heidelberg ist, so kann die konsequente Weiterführung des Weges zum Vorteil des nordbadischen und pfälzischen Raumes geschehen.

Reklameflugzettel

(Tages- und Plakatanz. ges. form.

Reklam

H'berg-Kir

Die Tage

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

MANNHEIM, den 2.August 1949
E 1, 5/7

3. Aug 1949

Herrn
Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

Sehr geehrter Herr Dr.Heimerich!

Ich gestatte mir, Ihnen hiermit die Abrechnung der Kasse des Aktionsausschusses vorzulegen, die am 31.7.49 mit einem Barbestand von DM 9o.84 abschliesst.
Nach Prüfung der Abrechnung und der Unterlagen erbitte ich diese an mich zurück.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

15. Aug. 1949

M 48/849.

Dr.H./Kr.

Herrn
Heinz von A r n d t
H e i d e l b e r g
Uferstr. 18

Sehr geehrter Herr von Arndt!

1.) Besten Dank für Ihren Brief vom 5. ds.Mts. und Ihre freundlichen Glückwünsche.

Ihre Ausführungen bezüglich der Kurpfalz haben mich sehr interessiert. Ich habe sie an den Geschäftsführer des V$_e$reins"Kurpfalz" für das rechtsrheinische Gebiet, Herrn Landrat a.D. Dr. G u t e r m a n n , Mannheim E 1, 5-1o, weitergeleitet, der sich mit Ihnen in Verbindung halten wird. Es ist uns an Mitarbeit sehr gelegen.

Mit freundlichen Grüssen
verbleibe ich Ihr ergebener

2.) Herrn Dr. Gutermann.

(Dr.Heimerich)

Anl. Brief Arndt.

15. Aug. 1949
Dr.H./Kr.

V o l l m a c h t .

Der Leiter der Geschäftsstelle des Rechtsrheinischen Aktionsausschusses für die Wiedervereinigung der rechts und links des Rheines gelegenen Gebiete der Kurpfalz, Herr Dr. G u t e r m a n n , wird hiermit ermächtigt, von dem bei der Stadtkasse Mannheim für den Aktionsausschuss bestehenden Sonderkonto einen weiteren Betrag von

DM 1.000.-- (i.W. Eintausend Deutsche Mark)

zur Deckung von Kosten der Geschäftsstelle abzuheben.

(Dr.Heimerich)

Heidelberg, 15. August 1949
Dr.H./Kr.

Betr.: Alfred M. O t t , Heidelberg.

Herrn Dr. Gutermann mit der Bitte, sich in meinem Namen mit Herrn O t t in Verbindung zu setzen und sich mit ihm auszusprechen. An einer Mitarbeit ist uns natürlich sehr gelegen. Ich selbst bin zur Zeit zu sehr in Anspruch genommen, um mit Herrn Ott eingehender verhandeln zu können. Ein späteres Zusammentreffen kann aber natürlich in Aussicht genommen werden.

Anlage: Weiden Ott

15. Aug. 1949
Dr.H./Kr.

Herrn
Dr. J. G u t e r m e n n
M a n n h e i m
E 1, 5-1c

Sehr geehrter Herr Dr. Gutermann!

Ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 8. ds.Mts. Ich halte es für durchaus richtig, dass Sie die Maschine zum Preis von DM 325.-- für den Aktionsausschuss kaufen.

Die von Ihnen gewünschte Zahlungsanweisung über den Betrag von DM 1.000.-- liegt bei.

Mit den besten Grüssen
verbleibe ich Ihr

Anlage

(Dr.Heimerich)

**Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz**
- Geschäftsstelle -

MANNHEIM, den 8. August 1949
E 1, 5/7

Zur weiteren Veranlassung

Herrn
Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich

10. Aug 1949

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstrasse 4

Sehr geehrter Herr Dr.Heimerich!

Da bei der Einrichtung der Geschäftsstelle des Aktionsausschusses noch keine Schreibmaschinen käuflich zu erhalten waren, habe ich damals eine Schreibmaschine mietweise erworben, wofür monatlich DM 11.2o an Miete zu zahlen sind. Die Firma H.Reinhardt, Heidelberg, Hauptstrasse 168, hat nun als Gelegenheitskauf Olympia-Progress-Reiseschreibmaschinen zu dem für heutige Verhältnisse sehr günstigen Preis von DM 325.-- zu verkaufen. Die Maschinen stammen aus einem Ostzonen-Kompensationsgeschäft. Ich habe eine Maschine zurückstellen lassen und bitte Sie mir mitzuteilen, ob Sie mit der Anschaffung einverstanden sind. Der günstige Preis für die Maschine lässt angesichts der bisher bezahlten monatlichen Miete eine solche Anschaffung gerechtfertigt erscheinen.

Im Falle Ihrer Zustimmung bitte ich mir einen weiteren Betrag von DM 1.ooo.-- von der Stadtkasse Mannheim für diese Anschaffung und für die weiteren laufenden Kosten der Geschäftsstelle freizugeben.

Mit ergebensten Grüssen

Ihr

25. Juli 1949
Dr.H./Kr.

V o l l m a c h t

Der Leiter der Geschäftsstelle des Rechtsrheinischen Aktionsausschusses für die Wiedervereinigung der rechts und links des Rheines gelegenen Gebiete der Kurpfalz, Herr Dr. G u t e r m a n n , wird hiermit ermächtigt, von dem bei der Stadtkasse Mannheim für den Aktionsausschuss bestehenden Sonderkonto einen weiteren Betrag von

DM 5oo.-- (i.W. Fünfhundert Deutsche Mark)

zur Deckung von Kosten der Geschäftsstelle abzuheben.

(Dr.Heimerich)

Herrn Dr. Gutermann übergeben
26/7-49

Rheinpfalz vom 26. 7. 1949

2/1

Rheinland-Pfalz - Gott erhalts

Von Verwaltungsrat Dr. Walter Siebler

Nachstehend geben wir den Ausführungen des Verwaltungsrates Dr. Siebler, Ludwigshafen, zu dem Thema der Ländergrenzenfrage Raum und schließen damit diese Diskussion, da die Lösung der Ländergrenzenfrage sich vorläufig noch nicht im akuten Stadium befindet.

Seit der Verkündung des Grundgesetzes ist neben dem Südweststaat die Rheinpfalz zum Brennpunkt der Diskussion über die Neuordnung der Länder geworden. Verschiedene Möglichkeiten, die Pfalz organischer in ein Staatsgebilde einzuordnen, als es zurzeit der Fall ist, werden erörtert, der Anschluß an Bayern, den Südweststaat oder Hessen. Weite Kreise erstreben in erster Linie die Vereinigung der beiden Teile der Pfalz rechts und links des Rheines, ohne sich zunächst festzulegen, welchem Bundesland der künftige Verwaltungsbezirk Kurpfalz angeschlossen sein soll.

Neuerdings hat nun Staatsminister a. D. Dr. Haberer in einer Artikelserie „Die Pfalz und Artikel 29 des Grundgesetzes" (Rheinpfalz Nr. 72 und 79) den Status quo-Standpunkt vertreten, der den gegenwärtigen Zustand solange als möglich beibehalten möchte. Es darf wohl angenommen werden, daß er sich hierzu nicht als Vertreter der CDU Pfalz oder der Landesregierung Rheinland-Pfalz, sondern als Privatmann und Journalist geäußert hat. Er betont hierbei die verfassungsmäßige Verankerung der Rheinpfalz im Lande Rheinland-Pfalz und möchte die Diskussion über die Pfalzfrage mindestens bis zum Friedensschluß zurückgestellt wissen. Es gefällt ihm gar nicht, daß sich schon jetzt Stimmen erheben, die eine Entscheidung über das Schicksal der Pfalz vorwegnehmen wollen. Besonders übel vermerkt er das Liebeswerben um die Pfalz, wie es vor allem von Württemberg und Bayern eingesetzt habe.

Er verurteilt nicht nur die Bemühungen Bayerns um die Pfalz, die Errichtung von Pfalzreferaten in bayerischen Ministerien, er spricht auch davon, daß der württembergische Bewerber seine ganz sprichwörtliche Schläue zusammennehme, um den Bayern den Rang abzulaufen, und durch einen Professor — gemeint ist Prof. Metz *(Freiburg)* — den Rheinschwaben erfunden habe, nur zu dem Zweck, die Pfalz zum vorgeschobenen Posten seines Landes werden zu lassen, das es immer verstanden hat, seinen Vorteil zu wahren.

Den Anschluß der Pfalz an den Südweststaat malt er in düsteren Farben. Für Ludwigshafen bilde der Anschluß geradezu Selbstmord und das Herabsinken zum Fabrikviertel von Mannheim.

Da muß ja der Pfälzer den Mut verlieren, jemals etwas am Status quo zu ändern und sich entschließen, in alle Ewigkeit bei dem Lande zu bleiben, das, wie Dr. Haberer versichert, durch seine Arbeit und Erfolge gezeigt hat, daß es nicht der geringste unter den deutschen Gliedstaaten ist.

Um welche Erfolge es sich dabei handelt, verschweigt der Verfasser. Zweifellos meint er aber nicht das Haushaltsdefizit, die fehlenden Bedarfszuweisungen an die zerstörten Städte oder die unpünktliche Erledigung der eingegangenen Schuldverpflichtungen, obwohl Rheinland-Pfalz gerade auf diesem Gebiet bewiesen hat, daß es mit an der Spitze der Bundesländer steht. Oder denkt er dabei an die Wohnraumsteuer, die Rheinland-Pfalz als bisher einziges Land seinen Bürgern beschert hat? Glaubt er wirklich, die Pfälzer als real denkende Menschen würden sich dem Gedanken des Anschlusses an ein wirtschaftlich gefestigteres Land auf die Dauer verschließen, nur mit Rücksicht auf die verfassungsmäßige Verankerung in einem Staatsgebilde, das sie wirtschaftlich an den Rand des Abgrundes geführt hat und mit dem sie weder historisch noch stammesmäßig etwas verbindet? Dazu ist der Pfälzer zu klug und zu vernünftig. Es bedarf wahrhaftig keiner Werbung, um dem Pfälzer klar zu machen, wohin er nicht gehört. Und wohin er gehören will, das wird er selbst entscheiden.

Um die Pfalz werben muß allerdings ein Land, das dem Pfälzer trotz jahrhundertelanger verwandtschaftlicher Verbindung seiner Regenten wirtschaftlich und stammesmäßig fremd geblieben ist. So ist es durchaus begreiflich, wenn Bayern versucht, durch Lockungen verschiedenster Art Stimmung für die Wiedervereinigung mit dem angeblichen Mutterland zu machen. Aber hier hat Dr. Haberer recht. Es waren dynastische Vorgänge, die 1777 dazu führten, daß die Pfälzer Kurfürsten in Bayern zur Regierung kamen, so daß man eher davon sprechen könnte, daß Bayern zur Pfalz kam als umgekehrt. Die Pfälzer wurden damals nicht gefragt. Und die Freundschaft ist nie so fest geworden, wie Bayern es heute wahr haben möchte.

Der Rheinschwabe braucht gar nicht erfunden zu werden. Er ist da, und, wenn er links des Rheines wohnt, so verbindet ihn alles mit seinem Stammverwandten rechts des Rheines und wenig mit dem stammesfremden Bayern oder gar dem Rheinländer.

Was aber das Liebeswerben Württembergs um die Pfalz anbelangt, so war davon bisher wenig zu bemerken. Die Pfälzer hätten gerne mehr davon verspürt. Gerade das Fehlen einer aktiven Pfalzpolitik in Stuttgart ist es, was die Pfalz vermißt. Herr Dr. Haberer weist darauf hin, daß der Schwabe mehr das Wirtschaftliche liebt als Gefühlswerte und weniger auf das Herz als auf den Geldbeutel schaut. Und deshalb, nicht um ihr Gutes zu tun, bemühe sich Stuttgart um die Pfalz. Da beginge aber Stuttgart eine Fehlspekulation, denn der wirtschaftliche Stärkere ist ohne Zweifel nicht die Pfalz sondern Württemberg, und der Gewinner einer solchen Verbindung würde nicht Württemberg sondern Pfalz heißen.

Für Ludwigshafen aber gibt es einen bequemeren Weg zum Selbstmord als den Anschluß an den Südweststaat, nämlich das Verbleiben beim Lande Rheinland-Pfalz. Seitdem Ludwigshafen diesem widernatürlichen Staatsgebilde angehört, ist seine Entwicklung so deutlich sichtbar hinter der seiner Nachbarstadt zurückgeblieben, daß

Rheinpfalz vom 26.7.1949

man erkennen kann, wie der Abstand zu Mannheim täglich größer wird. Jeder Ludwigshafener, der seinen Weg über die Rheinbrücke nimmt, kann sich jederzeit davon überzeugen, wo die Entwicklung aufwärts führt und wo sie stagniert. Schließlich ist Ludwigshafen, die ehemalige Rheinschanze, eine Tochter von Mannheim, das seinem Kinde sicher keine Rabenmutter sein wird, zumal der Wegfall der Ländergrenze infolge der wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtung für beide Städte einen Aufschwung verspricht.

Ludwigshafen und die Pfalz haben die Segnungen des Landes Rheinland-Pfalz zur Genüge genossen und würden es begrüßen, an einer wirtschaftlichen Entwicklung teilzunehmen, die sie bisher so schmerzlich vermißt haben und vom Anschluß an den rechtsrheinischen Nachbarn mit Sicherheit erwarten. Daran werden sie sich auch von Herrn Dr. Haberer nicht hindern lassen.

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

MANNHEIM, den 2o.Juli 1949
E 1, 5/7

Herrn
Dr.Dr.h.c.Hermann Heimerich

H e i d e l b e r g
Neuenheimer Landstraße 4

Sehr geehrter Herr Dr.Heimerich!

Nachdem die finanziellen Mittel des Aktionsausschusses nahezu erschöpft schienen, entdeckte ich im Protokoll der Sitzung des Aktionsausschusses vom 5.August 1948, dass damals beschlossen wurde, dass die Stadt Mannheim sich mit DM 3.ooo.--, Heidelberg mit DM 1.ooo.-- und Weinheim ebenfalls mit DM 1.ooo.-- an der Finanzierung der Pfalzaktion beteiligen sollten. Da diese Beträge auf dem entsprechenden Konto noch nicht verbucht waren, habe ich mich zunächst mit Herrn Mathy in Verbindung gesetzt und ihn gebeten zu klären, ob der auf die Stadt Mannheim entfallende Betrag verfügbar ist.
Herr Mathy stellte fest, dass Herr Dr.Cahn-Garnier den Betrag von DM 3.ooo.-- auf einem Sonderkonto sperren liess; es wurde jedoch anscheinend versäumt, den Betrag auf unser Konto zu übertragen. Es ist nun gelungen, diese Summe, die mit Ablauf des vergangenen Haushaltsjahres an sich verfallen war, auf das neue Rechnungsjahr zu übertragen, und sie steht jetzt auf unserem Konto zur Verfügung. Man müsste nun in gleicher Weise an die Städte Weinheim und Heidelberg herantreten, um auch von dort die entsprechenden Beträge zu erhalten.

Der vorhandene Barbestand reicht zur Bestreitung der personellen Kosten am Ende dieses Monats nicht aus, und ich bitte Sie daher, mir in der üblichen Weise eine Vollmacht zur Abhebung von DM 5oo.-- auszustellen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihr ergebener

Rechtsrheinischer Aktionsausschuß
für die Wiedervereinigung der
rechts und links des Rheines
gelegenen Gebiete der Kurpfalz
- Geschäftsstelle -

A b s c h r i f t !

Mannheim, den 15.Juli 1949.

Herrn
Willibald G ä n g e r
Parteisekretär und MdL
N e u sta d t /Haardt
Parteibüro der SPD.

Sehr geehrter Herr Gänger!

Am 12. ds.Mts. versuchte ich auf einer Reise durch die Pfalz, Sie aufzusuchen, traf Sie jedoch leider nicht an. Es dreht sich darum, dass für die Anmeldung des Vereins "Kurpfalz" beim Registergericht als fünfter Herr ein Mitglied der SPD benötigt wird.

Herr Bürgermeister Dr.Reichert in Ludwigshafen hat Ihnen ja das Weitere mitgeteilt, und Herr Bögler oder Sie hatten ihm darauf geantwortet, dass auf der Vorstandssitzung der SPD über die Benennung eine geeigneten Persönlichkeit ein Beschluss gefasst werden sollte. Nachdem ich nun aber erfuhr, dass Herr Bögler bis 2o.ds.Mts. in Paris ist und erst nach seiner Rückkehr die Vorstandssitzung stattfinden kann, möchte ich Sie doch bitten, diese Angelegenheit weniger formell zu behandeln.

Ich schlage vor und möchte Sie bitten, dass Sie selbst sich für diese Sache, die zunächst wirklich nur eine reine Formalität ist, zur Verfügung stellen und Herrn Dr.Reichert Ihren Fragebogen einsenden.

Über die endgültige Zusammensetzung des Vorstandes und Direktionsausschusses des Vereins werden ja erst später Beschlüsse gefasst, sodass die Funktion, die Sie bezüglich der Anmeldung übernehmen, werder für Sie noch Ihre Partei eine weiterhin verpflichtende Wirkung hat. Die Mitglieder aus den übrigen Parteien haben sich ebenfalls ohne Vorstandsbeschluss zur Verfügung gestellt.

Sie würden der Sache einen guten Dienst erweisen, wenn Sie durch rasche Erledigung damit zur baldigen Eintragung des Vereins "Kurpfalz" beitragen würden, und in der Hoffnung, dass Sie sich hierzu bereit finden, begrüsse ich Sie

mit vorzüglicher Hochachtung!

Ihr ergebener

gez. Gutermann.

Herrn
Dr.Dr.h.c. Hermann H e i m e r i c h
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Gutermann

A b s c h r i f t !

S P D S o z i a l d e m o k r a t i s c h e P a r t e i /
B e z i r k P f a l z

Bezirkssekretariat

An den
Rechtsrheinische Aktionsausschuss
für die Wiedervereinigung

M a n n h e i m
E 1, 5/7.

Neustadt a.d.Hdt, 19.Juli 1949
Hohenzollernstrasse 16

Sehr geehrter Herr Dr.Gutermann!

Ich bestätige Ihnen recht gerne Ihr Schreiben vom 15.7. und erlaube mir, dazu folgendes zu bemerken:

Fürs erste bedaure ich sehr, dass Sie mich bei Ihrer Reise durch die Pfalz am 12. ds.Mts. nicht antreffen konnten. Vor einigen Tagen hat mich auch Herr Dr.Siebler, Verwaltungsrat in Ludwigshafen/Rh., in dieser Angelegenheit angerufen. Zu meinem Bedauern kann ich Ihnen nur die Mitteilung machen, dass am Samstag, 23.Juli der Bezirksvorstand unserer Partei zusammentritt, und dass wir dort dazu Stellung nehmen werden. Sie werden also anschliessend von mir verständigt werden.

Ich begrüsse Sie mit ganz besonderer Hochachtung!

Ihr

gez. W. Gänger.

Herrn
Dr.Dr.h.c. Hermann H e i m e r i c h
mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Gutermann.

Rheinpfalz vom 19.7.1949

Was hat man mit uns vor?

Von Prälat Walzer, Ludwigshafen

In Fortsetzung unserer Artikelreihe über das Ländergrenzenproblem stellt Prälat Walzer (Ludwigshafen) seine Meinung über diesen vielumstrittenen Komplex dar.

Unsere liebe Pfalz hat zurzeit viel Bewerber und es ist begreiflich, daß wir Pfälzer, über die ja, wie es scheint, von manchen Kreisen verfügt wird, als ob wir ein neuerobertes Land wären, wissen möchten, was man mit uns vor hat. Die Bewerber sind der Staat Rheinland-Pfalz, der uns gerne behalten möchte, Bayern, das wieder seine frühere dritte Provinz haben möchte, ferner der noch nicht existierende „südwestdeutsche Staat". Weiter eine sagenhafte „Kurpfalz" und schließlich wird sogar Hessen von gewisser Seite als Bewerber gemeldet. Diese fünf Bewerber — vielleicht meldet sich noch ein sechster — haben es bisher im allgemeinen vermieden, uns ihre Absichten mit der wünschenswerten Klarheit vorzutragen.

Man hört zunächst wenige Stimmen, die sich in der Pfalz für das Verbleiben bei Rheinland-Pfalz aussprechen, womit nicht gesagt sein soll, daß solche Stimmen nicht im gegebenen Augenblick sich erheben werden. Man hört weiter, daß im ehemals preußischen Gebiet unseres Staates Neigungen bestehen, sich tunlichs bald wieder an den rheinischen Norden anzuschließen. Außerdem hat Minister Haberer mit aller Deutlichkeit Wünsche vorgetragen, die auf eine Vergrößerung des Staates Rheinland-Pfalz auf Kosten anderer deutscher Länder hinauslaufen. Ob er sich Gedanken darüber gemacht hat, ob diese anderen deutschen Länder an den Staat Rheinland-Pfalz sich anschließen w o l l e n, ist nicht bekannt geworden. Ueber die Lebensfähigkeit des Staates Rheinland-Pfalz hört man meistens negative Ansichten und kein Geringerer als unser Herr Finanzminister gibt sich alle Mühe, uns die finanzielle Unzulänglichkeit des Staates mit der Hauptstadt Koblenz—Mainz klar zu machen. Also auch hier ziemlich viel Unklares.

Bayern ist ziemlich klar. Es möchte einfach die Rückkehr der heutigen Pfalz zum bayerischen Staat. Die Gründe hiefür hat der Ausschuß Bayern-Pfalz seinerzeit in schlichter, eindrucksvoller Klarheit der Oeffentlichkeit unterbreitet. Ueber die Wiedervereinigungsbedingungen — ein evtl. Pfalzstatut — liegen aber auch hier noch keine Aeußerungen vor.

Im Namen des vielleicht kommenden Südweststaates spricht eine Gruppe Mannheimer und Heidelberger Herren, denen sich in letzter Zeit Minister Reinhold Maier angeschlossen hat. Ein Verein, der diesen Anschluß vorbereiten und für ihn werben soll, soll übrigens erst gegründet werden und wir müssen abwarten, was dieser Verein uns Pfälzern zu sagen und zu bieten hat. Zunächst scheinen im wesentlichen Mannheimer Interessen hier in Frage zu kommen. Nicht ganz klar scheint man in der Umgebung des Herrn Dr. Heimerich darüber zu sein, ob die ganze heutige Pfalz als Mannheimer Hinterland erklärt werden soll, oder nur die ganze oder halbe Vorderpfalz. Was aus dem übrigen Teil der Pfalz werden soll, darüber haben wir definitives noch nicht gehört, obwohl diese Frage von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Pfalz ist. Worüber später einmal ausführlicher zu reden sein wird.

Die „Kurpfalz" wird stimmungsmäßig stark ins Feld gerückt. Man ist versucht, ihren Befürwortern zunächst einmal bei ihrem demnächstigen Geburtstag — wo die Geburt sich vollziehen soll, steht noch nicht ganz fest — den historischen Pfalzatlas von Dr. Albert Pfeiffer zu überreichen. Man könnte aus ihm entnehmen, daß die ehemalige Kurpfalz ein Konglomerat von ungefähr 60 kleinen Landfetzen war, die zerstreut zwischen dem Süd-Elsaß und der holländischen Nordsee lagen. Diese Art von Kurpfalz wird wohl niemand mehr herstellen wollen. Die Hälfte der heutigen Pfalz gehörte ihm übrigens nicht an. Die meisten denken beim Wort „Kurpfalz" an die heutige Pfalz, vereinigt mit dem Mannheimer und Heidelberger Gebiet. Aber diese Art von Kurpfalz wäre erstens nicht die geschichtliche Kurpfalz und zweitens nicht lebensfähig. Daimt ist das Problem nicht gelöst, sondern erst recht wieder aufgerolit. Wenn man aber mit dem Wort „Kurpfalz" an Pfälzer Stimmung appelliert und dabei den Südweststaat im Auge hat, dann wäre die kurpfälzische „Lösung" nichts mehr wie ein politischer Trick, der mit der geschichtlichen Kurpfalz in keinem Zusammenhang steht.

Als neuen Bewerber hatte man ganz zuletzt H e s s e n ins Feld geführt. Allerdings nicht die Hessen selber, sondern die Anhänger Stutgarts. Nicht einmal in ernster Absicht, sondern nur, um auf Stuttgart einen Druck auszuüben und es zu intensiver Tätigkeit zu veranlassen. Ob die Hessen uns wollen und ob wir Pfälzer zu Hessen wollen, wird vorläufig unentschieden gelassen. Aber immerhin, die Pfälzer Schachfigur soll hin und her geschoben werden im großen politischen Länderspiel.

Man versteht es, wenn wir deswegen den Wunsch äußern, es möchten sich die beteiligten Bewerber, die um die Hand der Braut Palatia anhalten, sich erst einmal in aller Klarheit darüber äußern, was sie eigentlich beabsichtigen. Dann erst können wir Pfälzer unsere Meinung sagen. Denn schließlich sind w i r es im Zeitalter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die über unsere Zukunft zu entscheiden haben und nicht andere, die doch, und das verübeln wir ihnen nicht, ihre Interessen und nicht unsere vertreten. Ueber die Gründe, die die einzelnen Nachbarländer zu ihren Wünschen und Absichten auf die Pfalz veranlassen, wird später zu reden sein.

Rheinpfalz vom 8.2.1948 2/1

Verwaltungsaufbau

Von Maxim Kuraner

Die aus der Regierung Pfalz in Speyer a. Rh. und der Regierung des Saarlandes in Saarbrücken gebildete Regierung des Reichsstatthalters Westmark in Saarbrücken löste sich bei der Besetzung der Pfalz und des Saarlandes auf und ging nach Hause bzw. über den Rhein. Eine Verwaltungszentrale für das Gebiet der Pfalz und der Saar war somit nicht mehr vorhanden und der Verwaltungsorganismus zerfallen; nur die im praktischen Leben stehenden unteren Behörden der Gemeinden und des Staates arbeiteten pflicht- und verantwortungsbewußt weiter.

Eine in Heidelberg zusammengestellte gebietsfremde Regierung Heimerich wurde in Neustadt a. d. Hdt. als Ober-Regierungs-Präsidium Mittelrhein für das Gebiet von der Lauter bis zur Mosel eingesetzt. Nach kurzer Tätigkeit kehrte sie beim Besatzungswechsel, ebenso überraschend wie sie gekommen war, über den Rhein zurück, ohne je eine engere Verbindung mit den unteren Behörden der Gemeinden und des Landes gefunden zu haben.

Dann kam die Regierung Hoffmann, die aus dem Nichts einigermaßen einen Verwaltungsorganismus aufbauen konnte, der sich nunmehr über das Gebiet der Rheinpfalz und von Rheinhessen erstreckte. Sie mußte der Regierung Eichenlaub weichen, die zunächst als Oberregierungspräsidium Hessen-Pfalz wirksam war und nach Schaffung des Landes Rheinland-Pfalz sowie Abtrennung von Rheinhessen als Oberregierungspräsidium Pfalz weiterbesteht. Diese Experimente schadeten dem Aufbau einer gesunden Verwaltung, denn zwischen allen diesen Problemen stehen die Menschen und ihre Bedürfnisse, die zu erfüllen, Aufgabe der Verwaltung ist.

Das Oberregierungspräsidium Pfalz zeichnet sich trotz seines personellen Umfanges durch starken Mangel an erfahrenen Berufs- und Fachbeamten aus. Das erschwert und verwirrt naturgemäß seine Arbeit um so mehr, als gleichzeitig die unteren Behörden der Gemeinden und des Oberregierungspräsidiums durch eine weitgreifende Entnazifizierung erheblich geschwächt und in ihrer Tätigkeit beeinträchtigt sind.

Bei der völligen Neugestaltung der Regierungszentrale, dem wiederholten Regierungswechsel, den ständigen Gebietsveränderungen und der starken Durchsetzung mit verwaltungsfremden Kräften, ist es zu verstehen, daß der Verwaltungsorganismus nicht entsprechend funktioniert, um so mehr von einem Verwaltungsorganismus nicht gesprochen werden kann, da der Verwaltungsaufbau nicht von unten nach oben erfolgte. Nun wird in Koblenz eine neue Landesregierung und in Neustadt a. d. Hdt. ein Oberregierungspräsidium mit entsprechend begrenzten Zuständigkeiten gebildet.

Welche Störungen mit allen ihren Folgen der nochmalige Neu- und Umbau mit seinen organisatorischen und personellen Experimenten in dieser Zeit der Not bringt, bleibt abzuwarten. Aber es ist notwendig, den neuen Verwaltungsaufbau sorgfältig zu erwägen und vor unüberlegter Verwaltungsplanung zu warnen. Ein Verwaltungsorganismus ist ein Werk, in dem Rad in Rad greifen muß. Der Verwaltungsaufbau muß organisch sein und auf dem Fundament bodenständiger Behörden und des bodenständigen Verwaltungs-, Rechts- und Volks-Lebens aufgesetzt werden, wenn nicht ein Land erhebliche Nachteile aus der neuen Sachlage hinnehmen soll.

Das schaffende Volk aller Stände, das wie immer der Leidtragende ist, steht längst mit Mißtrauen den Dingen gegenüber. Demokratie ist Volksherrschaft und nicht Herrschaft einzelner Personen im Fluß von Ereignissen, die nicht durch den Volkswillen und durch das Volksinteresse bedingt sind. So wie die Regierung der Pfalz auf die unteren Behörden als Mittelbehörde aufgesetzt werden muß, muß auch die Regierung des neuen Landes als Obere Behörde organisch auf die Mittelbehörden des Landes Rheinland-Pfalz aufgebaut werden, da nur eine dezentralisierte Verwaltung den praktischen Bedürfnissen entspricht. Eine übertriebene Zentralisierung liegt nicht im Interesse einer gesunden und geordneten Verwaltung.

Im Interesse des demokratischen Neuaufbaues der Verwaltung im deutschen Lebensraum muß die Eigenart und die Tradition der Gebiete aus praktischen, rechtlichen und psychologischen Gründen gewahrt bleiben. Wir können es uns nicht leisten, etwas umzustürzen oder zu beseitigen, ohne etwas Besseres und Wirkungsvolleres zu bieten. Die Pfalz will weder Spielball zwischen Völkern, noch den Ländern Deutschlands sein, sondern organisch und lebensfähig in den deutschen Lebensraum eingegliedert werden. Weder partikularistische noch egoistische Tendenzen und Spekulationen, sondern nur die Erwägungen einer praktischen Gliederung der Verwaltung, dürfen für den Verwaltungsaufbau entscheidend sein. Die Not der Zeit und ihre Ueberwindung erfordern Verwaltungsschwerpunkte inmitten der zu verwaltenden Räume. Das Volk will Behörden und Beamte, die die Verhältnisse und Probleme seines Lebensraumes kennen, die arbeiten und die etwas leisten, die mit ihm verbunden sind, die Verantwortung tragen, die Rede und Antwort stehen können. Die Verwaltung muß in organisatorischer und personeller Hinsicht diesen Gesichtspunkten entsprechen.

Der Niedergang der Verwaltung hat 1933 begonnen; er hat sich 1939 verstärkt und er ist 1945 von einem Zusammenbruch abgelöst worden. Der Neubau der Verwaltung

Rheinpfalz vom 8.2.1948

Verwaltungsaufbau

(Fortsetzung des Leitartikels)

muß sich auf bewährte und wertvolle Beamte stützen, um aus der Unordnung wieder zur Ordnung zu kommen, die das Leben des Volkes ebenso braucht, wie das mit ihr verbundene Recht.

Es muß auch einmal gesagt werden, daß die Mehrzahl der Beamten und Angestellten des öffentlichen und gemeindlichen Dienstes in den Notzeiten des Volkes ihre Pflicht erfüllt hat. Die Verwaltung führte damals als Ganzes und im einzelnen einen Kampf der Selbstbehauptung gegenüber der NSDAP, die sie bevormunden und mißbrauchen wollte. Bei der Entnazifizierung kann und darf daher die Beamtenschaft nicht besser, aber sie sollte auch nicht schlechter als andere behandelt werden. Das Volk hat heute zunehmend erkannt, daß das wirkliche Antreiber- und Nutznießertum des Dritten Reiches sich nicht nur behauptet, sondern seine Geschäfte zum Schaden der Gemeinschaft neu zu gestalten versucht. Unter diesen Gesichtspunkten hat heute die Frage der Entnazifizierung zu veränderten Auffassungen im Volke geführt und führen müssen. Ein gerechtes Urteil über die Verwaltung und ihre Angehörigen aber genügt allein noch nicht, um die Schadhaftigkeit einer übermäßigen Entnazifizierung der Verwaltung zu erkennen und zu meistern.

Es ist notwendig, in den Vordergrund des Verwaltungsaufbaues die Bewertung des Beamten und Angestellten als Persönlichkeit zu stellen und dementsprechend die Entnazifizierung zu gestalten. Die tüchtigen Kräfte der Verwaltung waren meist keine Gesinnungsnazis. Die Entnazifizierung kann erhaltend und gestaltend wirken, wenn sie auf die Fähigkeiten und Leistungen, sowie die zukünftige politische Zuverlässigkeit der einzelnen Verwaltungsangehörigen Rücksicht nimmt, und mehr diese, als formale Gesichtspunkte als Grundlage ihrer Entscheidungen wählt. Sie soll und muß durch Gestaltung der Verwaltung im Interesse des demokratischen Neuaufbaues und nicht durch Zerschlagung und Lähmung gegen die Demokratie wirksam werden.

Eine organisatorisch und personell schwache Verwaltung ist nie demokratisch, weil sie die Demokratie und die demokratische Kontrolle zu fürchten hat. Eine schwache Verwaltung fördert auch nicht den demokratischen Geist im Volk, für das die Verwaltung das Vollzugsorgan ist, dessen Qualität der Beurteilung des Wesens und des Wertes der Demokratie zu Grunde gelegt wird.